

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

19. Sitzung
25. Januar 2023

Beginn: 09.31 Uhr
Schluss: 12.10 Uhr
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Christian Wolf: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | |
|--|-------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Smart City Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0003
DiDat |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Digitalisierungs- und SmartCity-Strategie
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0016
DiDat |

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße zu diesem Tagesordnungspunkt 2 ganz herzlich unsere Anzuhörenden: Herr Dominik Piétron vom „Bündnis digitale Stadt Berlin“ sowie Dr. Benjamin Seibel, Leiter des CityLAB Berlin von der Technologiestiftung Berlin. – Auf der Senatsseite nimmt zu diesem Punkt zusätzlich Frau Karen Laßmann von der Senatskanzlei, Smart City/ CityLAB teil. Ich darf feststellen, dass Sie alle mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind.

Besteht der Wunsch ein Wortprotokoll gemäß § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses anfertigen zu lassen? – Ich sehe Kopfnicken. Dann bitte ich um Erstellung eines Wortprotokolls.

Zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 a durch die Fraktion der CDU, Herr Förster! – Sie haben das Wort.

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen an die Anzuhörenden! Vielen Dank, dass Sie heute hier teilnehmen und mit uns später in die Diskussion eintreten! Es ist im Dezember das Papier zur Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ entstanden, und wir möchten gerne hier heute noch mal darüber sprechen. Es ist ja auch ein fortlaufendes Papier; das wird an vielen Stellen so betont.

Um unsere Frage aus der Aktuellen Viertelstunde aufzugreifen – ich glaube, genau darum geht es –: Wir wollen zukünftig die digitale Stadt sein, und ich glaube auch, dass es unser Anspruch sein müsste, Internetformulare zukünftig selber erstellen zu lassen und nicht auf Google-Formulare zurückgreifen zu müssen. – Daher würden wir uns freuen, wenn wir heute noch mal ganz kurz gemeinsam darüber sprechen, was hier in diesem Papier steht, wie das Ganze entstanden ist. Wir würden uns freuen, wenn Sie, liebe Anzuhörende, auch noch mal einen kurzen Einblick in die unterschiedlichen Phasen geben, wie das entstanden ist. Das ist der Hintergrund, und wir freuen uns auf die Diskussion.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Förster! – Möchte die Koalition ihren Besprechungsbedarf begründen? – Herr Schulze von der Fraktion Die Linke, Sie haben das Wort.

Tobias Schulze (LINKE): Vielleicht ganz kurz auch von unserer Seite: vielen Dank, dass Sie da sind! – Wir haben eine mehrjährige Metamorphose unserer Digitalstrategien hinter uns, mittlerweile schon fast Jahrzehnte. Das Ansinnen hat sich verändert von einer reinen Industrieförderstrategie hin zu einem breiten und partizipationsorientierten Prozess, der auch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und natürlich Wirtschaft mit einbindet. Insofern sind wir sehr gespannt, auch jetzt nachdem zwei Jahre ins Land gegangen sind und wir die verschiedenen Digitalstrategien des Landes zusammengefasst haben, wo wir jetzt stehen und wie auch aus der Sicht der Anzuhörenden dieser Prozess läuft. Da freuen wir uns einfach auf Feedback und gucken dann, dass wir mit der Umsetzung voranschreiten können. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Schule! – Dann kommen wir zur einleitenden Stellungnahme des Senats. Dafür liegt eine Präsentation vor. Die wird Ihnen als Abge-

ordnete selbstverständlich auch noch zur Verfügung gestellt. – Herr Dr. Kleindiek! Sie haben das Wort.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mich wirklich sehr über diesen Tagesordnungspunkt gefreut, das möchte ich ausdrücklich sagen, weil es die Möglichkeit gibt, dem Ausschuss schon das Ergebnis zu präsentieren, das jetzt nach einem Jahr Arbeit vorliegt.

Ich habe mich ebenso darüber gefreut, dass der Senat am 20. Dezember diese Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ verabschiedet hat. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit und es ist eine Neuerung in dem vergangenen Jahr, dass immer wieder die entscheidenden strategischen Weichenstellungen und die entscheidenden Schritte zur Fortführung unserer digitalen Transformation in Berlin vom Senat verbindlich beschlossen werden, damit auch da deutlich wird, dass sich alle hinter diese Ziele stellen. Auch das ist eine Neuerung.

Ich möchte Ihnen gerne die Entstehung, wie Herr Förster es beschrieben hat, und auch die wesentlichen Ergebnisse dieser Strategie präsentieren. Wir haben einige wenige Exemplare von unserer Strategie auch gedruckt. Wir bieten Ihnen an – Sie können sich das natürlich auch digital anschauen –, das als gedrucktes Exemplar mitzunehmen. Wenn Sie das nicht möchten, spricht nichts dagegen. Dann nehmen wir das wieder mit und verwenden das an anderer Stelle.

Wir haben auch ein paar, wenn Sie so wollen, Merchandisingprodukte. Wir haben ein paar Informationsprodukte, die wir auch in der Verwaltung verwenden, wie z. B. ein großes Plakat, aber auch ein paar Sticker, die wir Ihnen beigelegt haben, damit Sie das sehen können.

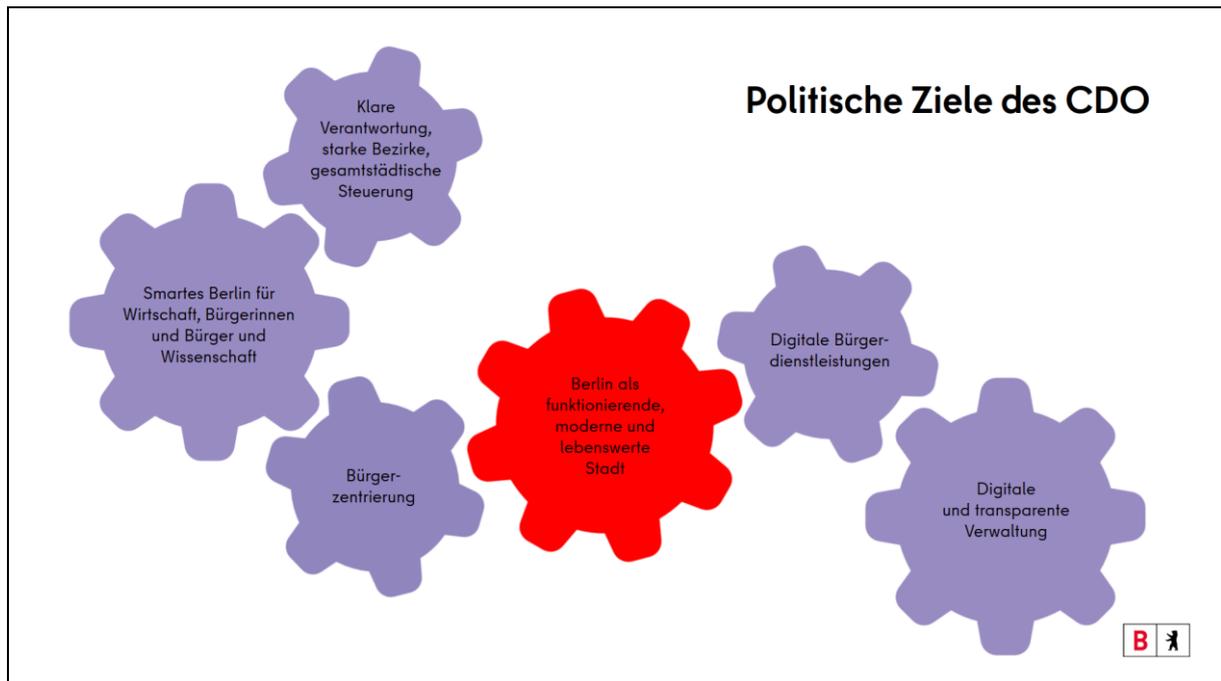
Ich würde gerne mit den Zielen der Strategie beginnen, und diese Ziele der Strategie fügen sich ein in die Ziele, die ich als CDO des Landes verfolge. Da steht im Mittelpunkt das Ziel – das hatte ich Ihnen auch schon mal hier im Ausschuss präsentiert –, Berlin als funktionierende, moderne und lebenswerte Stadt zu gestalten und dazu den Beitrag aus der Perspektive der Digitalisierung und der Verwaltungsmodernisierung auch zu leisten.





Was leistet nun diese Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ für das Erreichen dieser Ziele? – Sie ist sozusagen – sehr analog und gar nicht digital – das Öl im Getriebe dieser Zielerreichung. „Gemeinsam Digital: Berlin“ ist die Dachstrategie, unter der sich die anderen Digitalisierungsstrategien in den unterschiedlichen Bereichen versammeln.

Sie wissen, dass in den Richtlinien der Regierungspolitik der Auftrag formuliert war, im Laufe des vergangenen Jahres die bestehenden drei wesentlichen und wichtigsten Strategien, nämlich die Smart-City-Strategie, die Digitalstrategie und die Strategie zur Verwaltungsdigitalisierung zusammenzuführen. Das ist mit dieser Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ passiert. Wenn wir diese Dachstrategie sinnvoll umsetzen, werden die anderen Strategien besser erreicht werden können. Wenn Sie so wollen, sind die darauf angewiesen, dass wir diese Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ jetzt auch erfolgreich umsetzen. Es würde auch ohne eine solche Dachstrategie gehen, aber es wäre deutlich mühsamer und schwieriger.

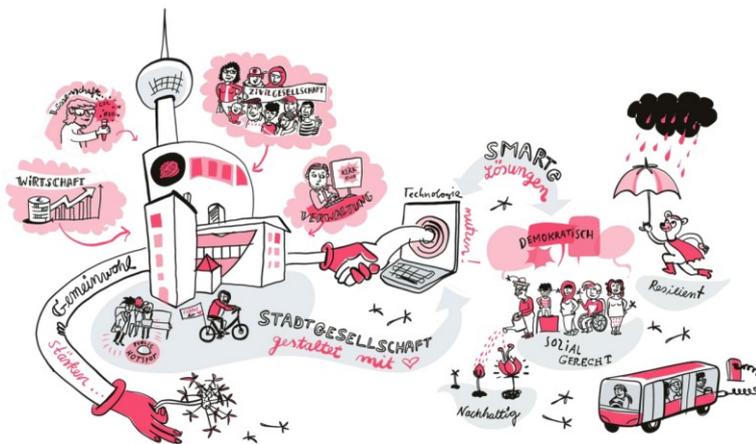


02

UNSERE GRUNDLAGE



(Neue) Smart City Strategien ...



... für ein neues Verständnis der Smart City

Was sind unsere Grundlagen gewesen? – Eine Grundlage ist zunächst mal ein neues Verständnis einer smarten Stadt gewesen. Was bedeutet es, wenn man von einer smarten City spricht? – Das ist deutlich mehr als Technologie. Das sind die ganz unterschiedlichen Aspekte einer modernen, urbanen Stadt, wie es Berlin nun mal ist, und diese unterschiedlichen Aspekte und was sie bedeuten würde ich Ihnen gerne auch schildern. Wo können digitale Möglichkeiten diese Entwicklung unterstützen? Das ist das wesentliche Anliegen, das wir verfolgen.

Diese Unterstützung ist ohne eine Transformation nicht möglich. Für diese Transformation, die nicht nur, aber auch und vor allem die Verwaltung betrifft, haben wir ein Manifest entwi-

ckelt: acht Thesen zur Digitalisierung, wenn Sie so wollen. – Das Plakat haben Sie auch in Ihren Hand-outs, die wir verteilt haben. Da kommt es darauf an, dass wir uns vergegenwärtigen, dass es sehr viel mehr um Prozesse als um Technologie geht; dass wir offen und transparent kommunizieren müssen; dass wir die Leitgedanken unserer Digitalisierungsstrategie, die vier Werte Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung, Resilienz und Kooperation berücksichtigen; dass wir immer unsere Vorhaben im Dialog erledigen; dass wir unsere Ziele klar definieren; dass wir daraus Mandate und Verbindlichkeiten ableiten; und dass wir auch Werkzeuge und Tools erproben. Davon wird sicherlich heute noch mal die Rede sein. Benjamin Seibel vom CityLAB ist ja auch hier, da wird noch mal deutlich werden, was das für uns bedeutet und auch, dass wir eine andere Fehlerkultur brauchen, in der es auch möglich sein muss, Dinge auszuprobieren, zu verwerfen, anders durchzuführen, um dann zu dem richtigen Ziel zu kommen.

Transformation mit der ganzen Stadt Unser Manifest!

- Prozess statt Technologie
- Offene und transparente Kommunikation
- Leitgedanken zur Digitalisierung (Nachhaltigkeit, Gemeinwohl, Resilienz und Kooperation)
- Dialog als Kernelement
- Problemverständnis vor Zieldefinition
- Mandat und Verbindlichkeit
- Erprobung von Werkzeugen als Erfolgsfaktor
- Fehlerkultur

Seite 8 Gemeinsam Digital: Berlin

DER BERLINER VEREINIGUNG
V1.0
BERLINS

- 1 DIGITALISIERUNG IST EIN PROZESS, NICHT DIE ~~UNBELEBTE~~ PLUMPE EINFÜHRUNG NEUER TECHNOLOGIE.
- 2 DIESE PROZESS MUSS GEMEINSAM GESTALTET WERDEN. DAS HEISST: OFFENE UND TRANSPARENTE KOMMUNIKATION. → WIR MÜSSEN GEMEIN FLEISSIG!
- 3 DIE DIGITALISIERUNG IN BERLIN MUSS INKLUSIV, SOZIAL, ÖKOLOGISCH UND WIRTSCHAFTLICH NACHHALTIG SEIN UND DABEI IMMER DEM GEMEINWOHL DIENEN. |||
- 4 DIE GRUNDLAGE: EIN DIALOG MIT AKTEUR:INNEN DER ZIVILGESELLSCHAFT, WISSENSCHAFT, VERWALTUNG, BÜRGER:INNEN, WIRTSCHAFT & POLITIK. → WIR MÜSSEN GEMEIN FLEISSIG!
- 5 ALLE MÜSSEN DIE PROBLEME DES JEWEILIGEN THEMAS VERSTEHEN UND ERST DANN KÖNNEN GEMEINSAME ZIELE, MASSNAHMEN UND VERANTWORTLICHKEITEN BESTIMMT WERDEN.
- 6 FÜR DIE UMSETZUNG DER VORHABEN MÜSSEN RESSOURCEN, VERANTWORTUNG UND KOMPETENZEN KLAR SEIN.
- 7 ES GEHT UM DIE GEMEINSAME ERPROBUNG VON DEN RICHTIGEN WERKZEUGEN, DAMIT BESSERE LÖSUNGEN ENTSTEHEN.
- 8 NIEMAND KANN DIE ZUKUNFT VORAUSSEHEN! EIN OFFENER UMGANG MIT FEHLERN IST DIE WICHTIGSTE TUGEND DER TRANSFORMATION.

GEMEINSAM DIGITAL BERLIN

ERARBEITUNG DER STRATEGIE



Berliner:innen engagieren sich

In nahezu allen Themenfeldern der Richtlinien der Regierungspolitik wird die Bedeutung der partizipativen Erarbeitung hervorgehoben.

»Gemeinsam Digital: Berlin« hat diesen Gedanken bereits seit Herbst 2020 in den Mittelpunkt gestellt und baut die Strategieentwicklung und -umsetzung auf den partizipativ erhobenen Bedarfen der Stadtgesellschaft auf.



Wie ist diese Strategie erarbeitet worden? – Vor allem ist es ganz wichtig, dass diese Strategie das ganze Jahr über und im Grund schon seit Herbst 2020 in einem sehr partizipativen Prozess entstanden und erarbeitet worden ist. Es ist auch ein Vorgehen – das möchte ich ausdrücklich sagen –, das mich sehr überzeugt hat, wofür wir auch im Smart-City-Kontext auch international sehr gelobt werden, dass das so entstanden und möglich gewesen ist, auch in einer relativ großen Stadt wie Berlin. Das ist sehr aufmerksam verfolgt worden, und wir haben immer darauf geachtet, dass diese Strategie mit und für die Stadtgesellschaft und mit und für die Akteure aus den unterschiedlichen Bereichen – aus der Zivilgesellschaft, aus der Verwaltung, aus der Wissenschaft und aus der Wirtschaft – erarbeitet worden ist.

Gemeinsam Digital: Berlin hat vielseitige Perspektiven ...

„Oft werden nur Erwachsene gefragt, wenn es um Zukunftsthemen geht. Im Stadtgremium konnte ich mich auch als Schülerin am Austausch beteiligen – das ist wichtig und bringt uns gemeinsam weiter.“

Lia



„Oft wird „Größeres“ ohne jegliche Einbeziehung Betroffener entschieden. Das gefährdet die Akzeptanz des amtierenden Senats und damit das Zusammenleben aller Berliner:innen!“

Lothar



„Eine Smart City trägt im besten Fall zu einer guten Governance bei, um Herausforderungen wie Klimagerechtigkeit, Zugang zu Raum und ein gutes Miteinander koordiniert anzugehen.“

Leona



„Das Querschnittsthema Smart City erfordert eine zentrale Steuerung, Koordinierung und Umsetzung durch die Senatskanzlei. Nur so kann die strategische Verbindung der ressortspezifischen Aktivitäten sichergestellt werden.“

Sebastian



Seite 11 Gemeinsam Digital: Berlin

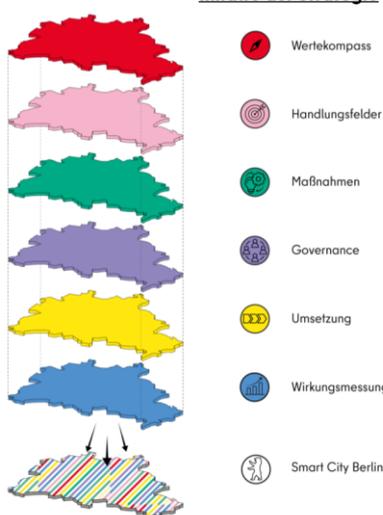


Die Vielseitigkeit dieser Perspektiven haben wir mit, wenn man so will, vier Testimonials versucht abzubilden: von denjenigen, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen an dieser Strategie und der Erarbeitung sehr aktiv beteiligt gewesen sind. – Die eine oder den anderen werden Sie vielleicht auch wiedererkennen bei diesen Testimonials, zum Beispiel: Sebastian ist Sebastian Stietzel, der Vorsitzende unserer Industrie- und Handelskammer. – Sehr schön! Das sind die unterschiedlichen Perspektiven, die in diese Strategie eingeflossen sind.

Entstanden ist eine Strategie, die mit und für Berlin geschrieben ist:

- Die Strategie »Gemeinsam Digital: Berlin« (GDB) vereint die drei Themenbereiche des CDO unter einem Dach:
 1. Smart City
 2. Digitalstrategie
 3. Verwaltungsdigitalisierung
- Die Strategie basiert auf den erhobenen Bedarfen der Stadtgesellschaft und bezieht dabei Forderungen der Berliner Wirtschaft und Expert:innen ein (z. B. IHK, Netzwerk Smart City, Bündnis Digitale Stadt, Infralab, u. v. m.)
- Relevante Fachstrategien sollen in Absprache entstehen, z. B. Open Data, Open Source, Gigabit, Cyber Security, KI, aber auch Ressort-Digitalisierungsstrategien.

Inhalte der Strategie



- Wertekompass
- Handlungsfelder
- Maßnahmen
- Governance
- Umsetzung
- Wirkungsmessung
- Smart City Berlin

Seite 12 Gemeinsam Digital: Berlin



Entstanden ist sie auch im ganz konkreten Sinne, wie sie und von wem sie geschrieben und formuliert worden ist – Hier noch mal die konkrete Verabredung und auch Vorgabe, dass die drei Strategien, die bisher auch zuständigkeitshalber in verschiedenen Bereichen der Landesregierung verortet gewesen sind. Die Smart-City-Strategie war in der Senatskanzlei, die Digitalstrategie in der Wirtschaftsverwaltung, und die Verwaltungsdigitalisierungsstrategie in der Innenverwaltung. Das haben wir zusammengeführt, und wir haben es vor allem zusammengeführt mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren in der Stadtgesellschaft. Daraus ist dieses Produkt, diese Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ entstanden.

Ich habe gesagt, es ist eine Dachstrategie, und das bedeutet, dass sich die unterschiedlichen fachlichen Strategien und die unterschiedlichen fachlichen Ausrichtungen darunter entwickeln sollen. Da gibt es ganz unterschiedliche Bereiche. Cybersecurity, also Informationssicherheit, ist hier schon angesprochen worden. Es geht aber auch um Open Data oder um Open Source, um die Strategie, die hier auch im Ausschuss schon besprochen wurde, die Gigaabitstrategie oder eben auch die Strategie zur Anwendung von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung, die noch erarbeitet werden muss. Es sind unterschiedliche Entwicklungsstadien, in denen sich diese einzelnen Fachstrategien befinden.

Strategie als Ermöglicherin - drei zentrale Elemente

1. Ressort- und ebenenübergreifendes Arbeiten:

Maßnahmen zahlen mit ihren Lösungsansätzen auf lokale oder gesamtstädtische, sektorübergreifende Herausforderungen ein. Genutzt werden bereits vor Maßnahmenstart Formate, die ressort-, sektor- und ebenenübergreifendes Arbeiten unterstützen und die Vernetzung von Politikfeldern fördern.

2. Maßnahmenbegleitung:

Als Teil der Umsetzung und wichtiges Element für die lernende Strategie erhalten Maßnahmenteams methodische und fachliche Unterstützung, die sich an agilen Vorgehensweisen orientiert.

3. Prototypisches Vorgehen:

Die Verwaltung und andere Akteur:innen bauen und testen Prototypen, probieren neue Ansätze aus, um schnell zu lernen und ggf. genauer definieren zu können, welche konkreten Leistungen ausgeschrieben werden sollen.

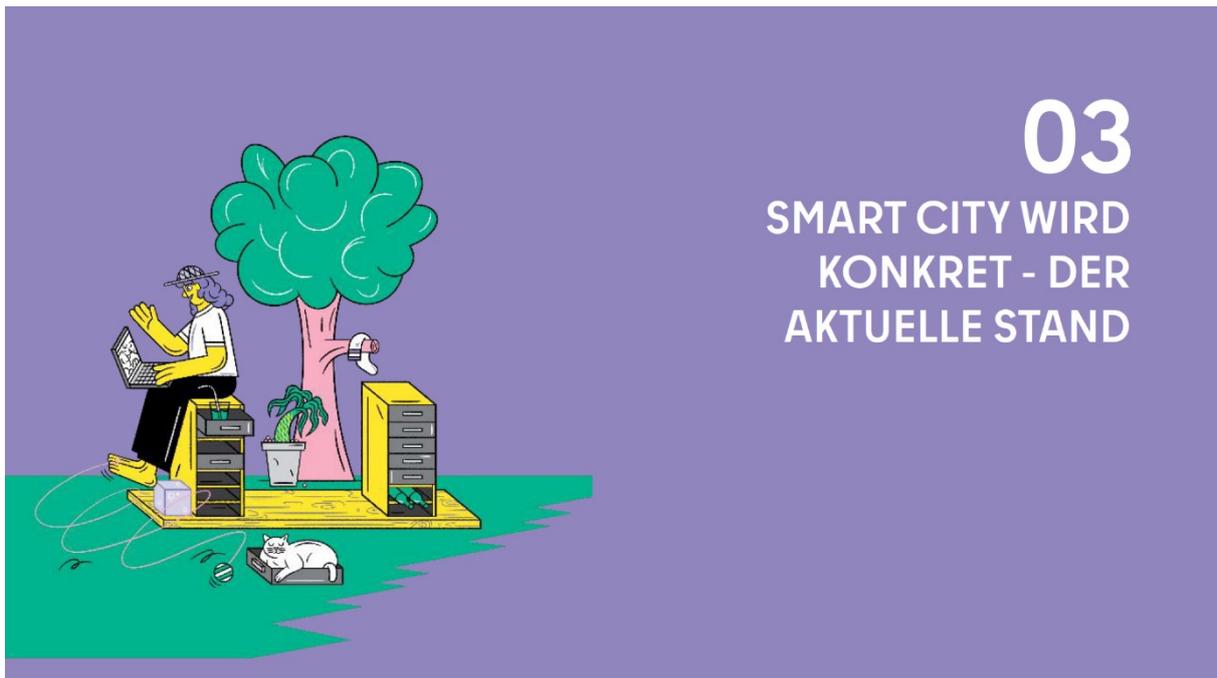


Wir haben mit drei zentralen Elementen versucht, diese Erarbeitung der Strategie zu unterstützen und diese Strategie auch immer als Ermöglicherin zu entwickeln und zu verstehen. Einmal ein ganz wichtiger Bereich, der auch die Verwaltung betrifft – das Ressort- und Ebenenübergreifende Arbeiten, was sehr viel stärker entwickelt und genutzt werden muss.

Wir müssen sehr viel stärker über die einzelnen gesamtstädtischen Bereiche, aber auch über die einzelnen Sektoren – ich hatte sie genannt: Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft –, über die einzelnen Bereiche hinaus zusammenarbeiten. Das ist in Berlin, das ist mein Resümee auch nach gut einem Jahr der Tätigkeit hier, noch nicht so entwickelt, wie es entwickelt sein sollte. Das ist eindeutig der Fall. Das liegt auch daran, dass wir in der Verwaltung, die das auch anstoßen und politisch und administrativ unterstützen soll, selbst noch eine stark ausgeprägte Silostruktur haben, die, ehrlich gesagt, sehr viel stärker ausgeprägt ist als in anderen Verwaltungen, auch in Deutschland. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir daran arbeiten müssen. Das wäre dann sozusagen der interne Aspekt der Verwaltungsreform, der stattfinden muss. Das ist etwas, das will ich hier ganz unverhohlen sagen, was mich überrascht hat, als ich die Berliner Verwaltung näher kennengelernt habe, das es doch so ist, dass wir diese Versäulung und diese relativ starke Abschottung innerhalb einzelner Hauptverwaltung, aber auch zwischen den einzelnen Verwaltungsbereichen haben. Das betrifft dann auch das Verhältnis zwischen Senat und Bezirken.

Der zweite Aspekt ist die Maßnahmenbegleitung. Diese Strategie soll auch immer die unterschiedlichen Maßnahmen, die wir ergreifen wollen – ich werde auf die wichtigsten Projekte gleich noch eingehen –, begleiten. Wir wollen diese Strategie als lernende Strategie begreifen, das heißt, mit dem Durchführen von konkreten Projekten und dem Umsetzen von Maßnahmen wollen wir gleichzeitig diese Strategie weiterentwickeln. Was das konkret bedeutet, werde ich gleich noch darstellen.

Der dritte wichtige Bereich ist ein methodischer Bereich. Dieses methodische Vorgehen und diese Vorgabe ergibt sich auch aus den Richtlinien der Regierungspolitik. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass diese starke Betonung und Verpflichtung zu prototypischen Vorgehen auch in den Richtlinien der Regierungspolitik stark akzentuiert war. Das bedeutet, dass wir als Verwaltung sehr viel stärker, sehr viel besser zusammenarbeiten wollen mit Institutionen wie dem CityLAB, wie der Technologiestiftung, um sehr schnell mögliche Lösungen zu entwickeln, nicht erfolgversprechende Wege zu verwerfen, andere aber weiterzuverfolgen, und im Grunde dann dafür zu sorgen, dass solche prototypischen Entwicklungen dann auch in den Regelbetrieb der Verwaltung überführt und sehr konkret umgesetzt und weiterentwickelt werden können, zum Beispiel durch das ITDZ als unseren zentralen Dienstleister.



Was bedeutet das konkret? Was bedeutet das für den aktuellen Stand? – Darüber möchte ich gerne berichten, damit es deutlicher wird. Wir wollen sehr viel stärker und schneller in die Umsetzung kommen. Wir wollen sehr viel stärker und besser dafür sorgen, dass konkrete Projekte umgesetzt, konkrete Produkte entwickelt werden. Das ist ein ganz wesentlicher Ansatz dieser Strategie und auch eine ganz wesentliche Neuerung, die wir mit dieser Strategie verfolgen.

Vom Bedarf in die Umsetzung

Das Land Berlin und die Bezirke setzen verstärkt darauf, verschiedene technische und prozessuale Lösungen zu testen.

Dazu können einzelne Kieze und Quartiere zur Umsetzung von Modellprojekten als Testfelder und Reallabore genutzt werden. Bestehende Regulierungen können bei Bedarf (zeitweise) ausgesetzt oder angepasst werden.

**Netzwerk Smart City Berlin,
Positionspapier 2021**

Seite 15



Lassen Sie mich ein bisschen was über die einzelnen Projekte sagen: Es gibt zwei große Vorhabenbereiche, die wir unterscheiden können, die sich auch aus der Zusammenführung dieser

unterschiedlichen Strategien ergeben. Wir haben mit der Smart-City-Strategie ein vom Bund, vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen, gefördertes Smart-City-Programm. Das fördert fünf Pilotprojekte, die ich gleich im Einzelnen vorstellen werde. Wir haben aber diese Pilotprojekte durch die Zusammenführung der Strategien um andere Projekte ergänzt in unserer Stadt, die wir als notwendig erachten, die aber auch wichtig sind, um deutlich zu machen: Was bedeutet eigentlich eine smarte City, und was heißt das konkret für Berlin? Was sind die Bedürfnisse?

PILOTPROJEKTE (GEFÖRDERT VOM BMWSB)



Smart Water

Entwicklung eines Prototypen für webbasierte, agile (Stadt-) Planung von grün-blauer Infrastruktur sowie Konzepterstellung für digitale Risikokommunikation bei drohenden Überschwemmungen durch Starkregen.

ressort- & ebenenübergreifend

Ein Projekt des KWB

Das erste Pilotprojekt ist Smart Water, die Entwicklung eines Prototypen für webbasierte agile Stadtplanung von grünblauer Infrastruktur. Es geht darum, dass wir in die Lage versetzt werden, eine digitale Risikokommunikation zu gewährleisten, wenn es um drohende Überschwemmungen oder um drohenden Starkregen geht. Wir erleben immer wieder, dass wir in Berlin Überschwemmungssituationen und Starkregen ausgesetzt sind. Darauf besser reagieren zu können, sozusagen die unterschiedlichen Maßnahmen besser ergreifen zu können, die unterschiedlichen Kriseninterventionen aufeinander abzustimmen, ist ein wesentliches Ziel dieses Smart-Water-Projektes.

Data Governance

Entwicklung und Verprobung von Data-Governance-Konzepten für die Daseinsvorsorge. Kommunale und privatwirtschaftliche Interessen werden integriert, unter Sicherung der Gemeinwohlorientierung.

ressort- & ebenenübergreifend

Ein Projekt von HIIG, Siemens, SenUMVK und SenWEB



Ein Zweites ist ein übergeordnetes Vorhaben. Da geht es um Data Governance. Da geht es darum – und da freue ich mich sehr, dass wir dieses Projekt unter anderem mit Siemens zusammen erarbeiten und weiterentwickeln können –, dass wir sozusagen eine Blaupause, Vorgaben, Maßstäbe, Benchmarks entwickeln können, wie wir zukünftig mit Daten umgehen, wie wir Daten nutzen, um Daseinsvorsorge zu gewährleisten, unsere Aufgaben zu erledigen, öffentlich und privat zusammenzuarbeiten. Das ist ein ganz wichtiges strukturelles Vorgehen, denn wenn wir Daten zukünftig sehr viel stärker vernetzt nutzen wollen, brauchen wir dafür Regeln, und dann brauchen wir dafür eine Vorgehensweise, die idealerweise standardisiert ist und an der sich alle orientieren können, und das ist dann im Ergebnis so eine Data Governance.

Smart Space Hardenberg – der Hardenbergplatz ist das Beispiel dafür: Wie kann und soll so ein Platz, eine typische städtische Bahnhofsvorplatzsituation, wie wir sie mit dem Hardenbergplatz haben, unter Nutzung von modernen, auch smarten und digitalen Möglichkeiten umgestaltet werden? Wie kann man die unterschiedlichen Aspekte, sei es nun die Nutzung öffentlicher Flächen zum Beispiel durch private Betreiber, in der Kooperation mit der Stadt, digital unterstützen? Wie kann man unterschiedliche Instrumente nutzen? – Das soll und wird in diesem Smart Space Hardenberg gemeinsam mit dem Bezirksamt Charlottenburg-

Wilmerdorf ausprobiert und genutzt und soll dann ein Beispiel dafür sein, wie man auch an anderen Plätzen diese smarten und digitalen Möglichkeiten nutzen kann.



Smart Space Hardenberg

Neugestaltung einer typisch städtischen (Bahnhofs-) Vorplatzsituation, als Prototyp neuer Formen der Governance öffentlicher Flächen: Gestaltung eines Betreibermodells, einer Verhandlungsplattform und Durchführung von Pop-up-Interventionen.

ressort- & ebenenübergreifend

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Smarte Partizipation / Bürgerhaushalt

Unterschiedliche, digital gestützte Beteiligungsmethoden werden in Treptow-Köpenick getestet, um die Beteiligung an der bereits seit langem existierenden "Kiezkasse" des Bezirks zu erhöhen. Nutzung von mein.Berlin.de und Ergänzung durch weitere Formate. Aktivierende, digital gestützte Beteiligungsmethoden und neue Interaktionsformen stehen im Vordergrund.

ressort- & ebenenübergreifend

Verantwortliche: Bezirksamt Treptow-Köpenick



Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass Partizipation, also die Beteiligung von allen, in der Stadtgesellschaft ein wichtiger Aspekt ist. Das drückt sich auch dadurch aus, dass wir als ein Modellprojekt den Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt haben. Das ist ein Projekt, das gemeinsam mit dem Bezirksamt Treptow-Köpenick durchgeführt wird und ein Modellvorhaben dafür sein soll, wie ein Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt, stärker und besser miteinander vernetzt, die Bedürfnisse der Menschen in einem Bezirk mit der staatlichen Vorsorge, der öffentlichen

Vorsorge gewährleistet – wie sie durch die Haushaltsplanung und Durchführung dann gewährleistet soll.



Kiezbox 2.0

Prototypische Umsetzung eines solar- / batteriebetriebenen Mesh-Netzwerks, das ein Notfall-WLAN mit lokalen Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten für die Bevölkerung bereitstellt. Im Regelbetrieb werden Luft- bzw. Klimadaten erhoben.

ressort- & ebenenübergreifend

 TSB in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Die Kiezbox 2.0 ist ein Projekt, das die Technologiestiftung Berlin in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg durchführt. Das ist die prototypische Umsetzung eines Notfall-WLANs, also: Was passiert, wenn wir den Zusammenbruch von wesentlichen Infrastruktur-, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten haben, einen sogenannten Black-out? Aus ganz unterschiedlichen Gründen kann der bestehen, und dann ist es so, dass über diese Kiezbox 2.0 eine Kommunikation über ein Notfall-WLAN, aber auch über andere batteriebetriebene und solarbetriebene Möglichkeiten aufrechterhalten werden kann, die es möglich machen, dass mit der Bevölkerung kommuniziert und die Bevölkerung in so einer Situation auch informiert werden kann. Das ist ein Notfallprodukt, das wir hoffentlich nie brauchen werden, aber das wir doch ausprobieren und als Prototyp entwickeln sollten, damit es dann besteht.

Weitere Maßnahmen jenseits dieser fünf Modellprojekte, die wir im Laufe des vergangenen Jahres entwickelt haben im Zusammenhang und im Kontext von „Gemeinsam Digital: Berlin“: Es gibt die klare Verabredung und Vorgabe, auch in den Richtlinien der Regierungspolitik, dass eine Gesamtstrategie für die Ladeinfrastruktur entwickelt und umgesetzt werden soll. Das heißt vor allem, dass der öffentliche Teil und der private Teil der Ladeinfrastruktur aufeinander abgestimmt werden sollen, damit sie sich sozusagen bedarfsgerecht weiterentwickelt. Das sind die beiden Wirtschaftsverwaltungen, einerseits die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und andererseits die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die für die öffentliche beziehungsweise private Ladeinfrastruktur zuständig sind. Das zählt ein auf das, was ich eingangs sagte, dass wir mit dieser Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ auch die Zusammenarbeit ermöglichen, verbessern und unterstützen wollen, auch über die einzelnen Verwaltungen hinweg.

WEITERE MASSNAHMEN VON GEMEINSAM DIGITAL: BERLIN

Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur

Ziel ist es, die ressortübergreifende Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Ausbau der Ladeinfrastruktur zu unterstützen. Hierfür braucht es Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen, wie Kommunikation, Strategie und gemeinsame Werkzeuge.

Verfahrenspilotierung

ressort- & ebenenübergreifend



Beteiligt sind SenUMVK, SenWEB und die eMO



Das CityLAB soll mobil sein. Sie wissen alle, wir waren gemeinsam da, dass das CityLAB sich im Moment im ehemaligen Flughafen Tempelhof befindet. Wir wollen aber mit diesem CityLAB auch in die Stadt, möchten vor Ort sein, möchten in den Kiezen sein, um auch diejenigen, die nicht immer digitale Angebote nutzen, dabei zu unterstützen, das zu tun. Herr Seibel kann nachher gerne noch ein bisschen näher erläutern, was die Idee dahinter ist. Das wird vom CityLAB Berlin auch selbst durchgeführt.



Mobiles CityLAB

Das mobile CityLAB ist ein mobiler Ort, an dem in unterschiedlichen Kiezen Wissen und Kompetenzen zu der Stadtgesellschaft und der lokalen Verwaltung gebracht werden sollen. Vorbild ist das Tiny Rathaus (z.B. in Kiel).

ressort- & ebenenübergreifend

 Durchgeführt vom CityLAB Berlin

Hygienemonitoring Abwasser

Hygiene-Monitoring-App der Berliner Wasserbetriebe durch zusätzliche Messpunkte erweitern, um so ein smartes Frühwarnsystem für Gefahren zu entwickeln.

Basis ist ein Machine Learning Projekt auf Basis von Wasserproben aus dem Abwassersystem Berlins, das eine genaue Modellierung des Legionellengeschehens der Stadt ermöglicht.

Netzwerkmaßnahme

 Ermöglicht von BWB, Beteiligung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), Gesundheitsämter der Bezirke Neukölln und Treptow-Köpenick



Wir haben mit dem Fortgang der Coronapandemie erlebt, dass gerade, als diese Pandemie im Rückgang begriffen war, mit dem Rückgang der Testung auch die Analysemöglichkeiten durch Testergebnisse und durch andere Überprüfungs- und Überwachungsmöglichkeiten immer schlechter wurden. Es hat sich aber herausgestellt, dass die Analyse des Abwassers ein sehr verlässlicher Indikator und eine sehr verlässliche Unterstützung dafür ist, wie man die Entwicklung von Corona – das ist ein Beispiel, zum Beispiel Pandemien – durch das Abwasser verfolgen, analysieren und auch identifizieren kann. Deswegen haben wir dieses Projekt, das die Gesundheitsverwaltungen zusammen mit den Berliner Wasserbetrieben durchführt, unterstützt. Da kommt es dann darauf an, dass die Analysepunkte, wo Abwasserproben ge-

nommen werden, verbreitert werden, aber eben auch, dass diese Möglichkeiten unterstützt werden, dass man diese Abwasserproben dann schnell analysieren und vor allem die Ergebnisse digital aufbereiten kann und dass das für alle möglichen anderen Konstellationen und Gefährdungen – Wasser ist eine kritische Infrastruktur – auch nutzbar ist.



Digital X Energy

Im Kontext des notwendigen Energiesparens im Winter soll aufgezeigt werden, wie Berliner Haushalte mit Hilfe von Berliner Startups Ihren Energieverbrauch reduzieren können. Hierfür soll eine Veranstaltung konzipiert und nach dem Prototyp am Beispiel Energie auch mit anderen Themenschwerpunkten wiederholt werden, z.B. Thema Müll, Mobilität, etc.

 In Verantwortung der Skzl

Digital X Energy ist ein Projekt in der Senatskanzlei. Wir haben im Kontext der Notwendigkeit, Energie zu sparen, im laufenden Winter versucht, und es ist auch erfolgreich gelungen, die Berliner Haushalte darüber zu informieren, welche Einsparmaßnahmen es im Bereich der Energie und auch der Hausenergie gibt. Was sind die Angebote von Start-ups in Berlin, die man hierfür nutzen kann? – Wir haben Informationsveranstaltungen durchgeführt, die sehr erfolgreich gewesen sind, weil wir doch gemerkt haben, dass es einen großen Bedarf daran gibt, sich smarte, digitale Möglichkeiten anzuschauen und sie auch zu nutzen, um Energie zu sparen. Das ist ein Teil der Projekte, die insgesamt der Senat in diesem Bereich in den vergangenen Monaten durchgeführt hat.

Wenn es um die Nutzung von Daten und eine neue Datenstrategie geht, dann ist ein Thema immer besonders wichtig, nämlich einen digitalen Zwilling zu haben. Wir haben dafür sehr schöne Beispiele im CityLAB, wollen das aber weiterentwickeln und besser nutzen, dass man auf dieser Plattform Daten miteinander verschneiden kann, unterschiedliche Analyse-möglichkeiten und Prognosemodelle nutzen kann und immer wieder die Möglichkeit hat, Szenarien zu simulieren. Darauf kommt es an, wenn wir zukünftig in der Lage sein wollen, Daten sehr viel besser miteinander zu nutzen. Wenn Sie sich die Beispiele, die wir schon haben, anschauen: Sie erinnern sich an den digitalen Zwilling im CityLAB-Projekt „Gieß den Kiez“, der die einzelnen Bäume im öffentlichen Raum dargestellt hat.

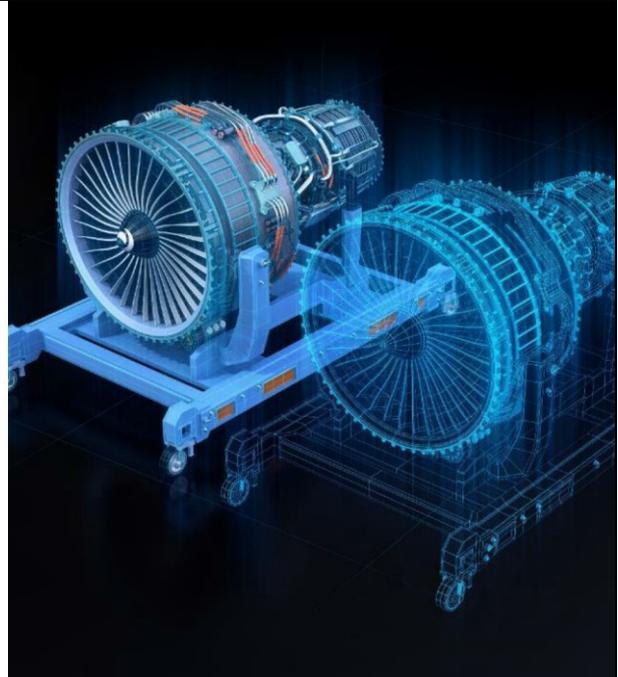
Es gibt andere sehr schöne Beispiele wie etwa die Verschneidung der Dateninformationen über Baustellen und Schulwegen, damit analysiert und simuliert werden kann, was eine bestimmte Baustellenkonstellation für die Sicherheit von Schulwegen bedeutet. Das sind nur

zwei Beispiele von vielen, die es gibt. Das ist das Ziel, dass wir für alle diese Möglichkeiten, für alle diese konkreten Projekte zur Datenanalyse und Datenkombination diesen sogenannten digitalen Zwilling etablieren, der es uns leichter macht, das alles besser zu realisieren.

Digitaler Zwilling

Mit der Vision durch Szenariosimulation (auf Basis solider Daten, Analytik und Prognosemodellen) Entscheidungen besser treffen zu können, werden Projekte und Daten analysiert und kombiniert.

👤 tbd



ZENTRALE MASSNAHMEN (BEISPIELE)

Weitere zentrale Maßnahmen würde ich beispielhaft nennen wollen. Der Data-Hub ist, wenn man so will, in gewisser Weise das Geschwisterchen von diesem digitalen Zwilling. Wir wollen Daten sehr viel besser gemeinsam nutzen in Berlin, durch die Verwaltung, aber nicht nur durch die Verwaltung, sondern auch für andere. Es geht darum, dass wir mit der gemeinsamen Nutzung von Daten unsere Aufgaben als Verwaltung sehr viel besser erledigen können.

Es geht aber auch darum, dass wir die öffentlichen Daten zur Verfügung stellen, damit sie von Privaten genutzt werden, um sich zu informieren, um selber mit den Daten zu arbeiten, aber auch, um Geschäftsmodelle zu entwickeln, die sozusagen auf öffentliche Daten angewiesen sind. Dafür braucht es eine technologische Plattform, und dieser Data-Hub soll diese technologische Plattform sein. Wir arbeiten daran, dass dieser Data-Hub in der Urban-Tech-Republic in Tegel errichtet wird, zusammen mit einer Institution Future Hub. Wir bereiten gerade vor, dass da sozusagen die Voraussetzung geschaffen werden kann, dass wir da die Plattform haben, in der dann Daten genutzt werden können. Wir haben das im Moment in Berlin vor allem für die Geodaten, haben es aber noch nicht für andere Datenbereiche, seien es Umweltdaten, seien es Verkehrsdaten, seien es andere Bereiche der Verwaltung, und das wollen wir in diesem Data-Hub deutlich besser miteinander vernetzen. Deswegen ist auch dieses Projekt zur Entwicklung und zum Aufbau dieses Data-Hubs im Moment dabei, aus der Stadtentwicklungsverwaltung, wo es bisher angesiedelt war, in die Innenverwaltungen herüberzuwechseln in den Zuständigkeitsbereich des CDO, damit wir das da auch zentral entwickeln und anbieten können.

<h2>Data-HUB</h2> <ul style="list-style-type: none">• Übergreifende Daten Infrastruktur, als Plattform, incl. OpenData Portal und APIs für das einfache Teilen und Nutzen von Daten innerhalb der Berliner Verwaltung <hr/> <p> Aktuell Übergang des Projektes von SenSBW zu SenInnDS</p> <hr/> <p><small>Seite 29</small></p>	
---	---

Ich habe sehr viel über Zusammenarbeit gesprochen. Zusammenarbeit ist eine Kulturfrage, zum Teil auch eine Rechtsfrage und braucht den richtigen Rahmen. Kulturveränderungen brauchen den richtigen Rahmen, aber wir brauchen auch die richtigen Arbeitsmöglichkeiten. Deswegen ist dieser Basisdienst Kollaboration, auch das ist ein Auftrag aus den Richtlinien der Regierungspolitik, ganz wichtig. Sie wissen, dass wir eine ganze Reihe von Basisdiensten für die Digitaltransformation, für die Digitalisierung der Verwaltung haben, und das soll ein Basisdienst sein, der es uns in technischer, aber vor allem auch in organisatorischer Hinsicht ermöglicht, zukünftig sehr viel besser und anders zusammenzuarbeiten. Das ist ein wirksamer und wichtiger Beitrag für diesen Kulturwandel, den wir dringend brauchen.

Toolkit für Zusammenarbeit - Basisdienst Kollaboration

- Notwendige Werkzeuge für kollaborative Teamarbeit sind unter anderem ein sicherer Messenger, eine Dateiablage, gemeinsame Dokumentenbearbeitung, ein digitales Whiteboard, ein Kanban-System sowie ein Werkzeug für Videokonferenzen



 SenInnDS

Seite 30



Berlin.de

- Ganzheitliches Design System und Komponenten für eine konsistente Plattform Strategie für alle Bürger:innen Touchpoints. Berlin.de, Mein.berlin.de und mobile Angebote, incl. Nutzerkonto sind Aspekte dieser umfangreichen Maßnahme.
- Erste Iterationen sind Konzepte für ein Lebenslagenkonzept oder eine Berlin App

 SKzl (Landesredaktion), SenInnDS



berlin.de ist ein Projekt in der Senatskanzlei, die Weiterentwicklung unseres mobilen Angebotes. Das ist erforderlich. Wir wollen ein ganzheitliches Design schaffen. Wir wollen die unterschiedlichen Angebote, die wir haben, sehr viel besser und nutzungsfreundlicher entwickeln. Auch das ist ein wichtiges Projekt, das dann zum Beispiel dazu führt, dass wir eine deutlich attraktivere Berlin-App haben.



Dashboard und Kennzahlen für Impact-Orientierung

- Das Impact Dashboard stellt die Impact Ziele der Strategie (Nachhaltigkeit, Kooperation, Resilienz und Gemeinwohlorientierung) den Maßnahmen gegenüber und erlaubt Transparenz, Nachsteuern und Synergie.

 CDO mit SenInnDS und SKzl



Auch darüber haben wir schon gesprochen: dass Dashboards immer wichtiger dafür werden, dass wir das, was wir tun, sehr viel besser dokumentieren, analysieren und damit aber auch steuern können. – Dashboards sind die probate Möglichkeit dafür, genau analysieren zu können: Wie wirksam sind die Maßnahmen, die wir ergriffen haben? Wie erfolgreich sind sie? Wo müssen wir nachsteuern? Wo gibt es Veränderungsbedarf? Dafür ist Transparenz für diejenigen nötig, die diese Projekte betreiben, aber auch für diejenigen, die sie steuern und letztlich die politische Verantwortung dafür tragen und nicht zuletzt auch für diejenigen, die als politisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter das dann auch kontrollieren und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Deswegen haben wir die Verabredung, dass es die Möglichkeit gibt, bevor es vollständig transparent wird, dass Dashboardangebote auch für die Abgeordneten, jedenfalls hier des Ausschusses, einsehbar sind. Das ist ein wichtiges Querschnittsinstrument, das weiterentwickelt wird. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir da auch andere nutzbare Angebote in der Senatskanzlei und in der Innenverwaltung für unterschiedliche Bedürfnisse und Aspekte haben, die dann umstandslos von anderen auch verwendet werden können und auch werden.

Mit dieser Strategie wird, das konnte ich Ihnen hoffentlich ein bisschen verdeutlichen, Smart City Teil unserer Politik, Teil der Digitalisierungspolitik und Teil der digitalen Transformation. Ich bin froh, dass wir da so weit gekommen sind im vergangenen Jahr, aufbauend auf dem, was schon in der Vergangenheit erarbeitet wurde, und freue mich, dass das jetzt weitergeht.



Gemeinsam Digital: Berlin

— eine Strategie, die Geschichte schreibt.

für Berliner:innen

Der Kontakt mit der Verwaltung ist durch verbesserte Online-Angebote so einfach und angenehm wie noch nie zuvor. Berliner:innen prägen ihre Stadt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung; bereits umgesetzte Maßnahmen erhöhen die Lebensqualität messbar.

für die Verwaltung

Die achtsame Implementierung neuer Werkzeuge und Arbeitsprozesse verbessert die Arbeit in der Verwaltung in vielerlei Hinsicht und macht sie zu einem attraktiven Arbeitsplatz für neue und erfahrene Mitarbeiter:innen.

für die Wirtschaft

Medienbruchfreie Abläufe, einheitliche Standards und klare Zuständigkeiten bilden einen Nährboden für eine vielfältige Berliner Wirtschaftslandschaft.

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Unternehmen ist professionell und effizient.

für die Stadt

Digitalisierte Verwaltung, Berliner Wirtschaft und Berliner:innen bilden zusammen eine resiliente Stadt, die Herausforderungen und Chancen mit nachhaltigem und gemeinwohlorientierten Handeln kooperativ begegnet.

Berlin wird zur Smart City.

Hier ist noch mal ein ganz neuer Schritt zusammengefasst, der mit dieser Strategie gegangen wurde, und zwar für die Berlinerinnen und Berliner, für die Wirtschaft, für die Stadt insgesamt, aber auch für die Verwaltung. Lassen Sie mich das vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch mal illustrieren: Wir haben diese Strategie, dieses Papier, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft erarbeitet. Es konnten alle die unterschiedlichen Entwürfe kommentieren. Davon ist auch reichlich Gebrauch gemacht worden, auch innerhalb der Verwaltung. Sie finden relativ viel, was sich auf die notwendigen Veränderungen in der Verwaltung bezieht. Wir haben das hierarchiefrei gemacht. Wir haben also an alle Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung das Angebot gerichtet, sich an der Erarbeitung und Kommentierung dieser Stra-

ategie zu beteiligen und haben das sehr hierarchiefrei gemacht. Alle Beiträge waren gleichberechtigt und sind auch gleichberechtigt in dieses Strategiepapier eingeflossen. Gleichwohl, und darauf habe ich hingewiesen, habe ich sehr großen Wert darauf gelegt, dass wir diese Strategie auch vom Senat beschließen, damit auch seitens des Senates die politische Bedeutung unterstrichen wird und dass das auch alle zu ihrer Sache machen und jetzt auch verpflichtet sind, die Dinge, die wir hier gemeinsam umsetzen wollen, dann auch umzusetzen.

Ich habe dann mit meinen Kolleginnen und Kollegen sehr offen darüber gesprochen und gesagt: Ihr könnt jetzt dieses Papier, wenn man so will, hierarchisieren und sagen: Das muss alles noch mal kontrolliert und möglicherweise auch verändert werden. Ihr könnt aber auch sagen: Das ist das Ergebnis, mit dem wir jetzt arbeiten, denn das ist sozusagen in der Stadt und in der Verwaltung hierarchiefrei entstanden. – Wir haben uns dann gemeinsam für den letzten Weg entschieden, was ich sehr gut finde, was auch eine andere Form der Zusammenarbeit ist, die wir brauchen, um da voranzukommen. Wenn Sie an agile Arbeitsformen denken, dann ist das auch immer ein ganz wesentlicher Aspekt der Hierarchiefreiheit. Wir haben im Grunde bei der Erarbeitung dieser Strategie eine wesentliche Philosophie, so eine Art Transformation ausprobiert und verwirklicht, und es ist eigentlich ganz schön, dass das funktioniert hat. Darüber freue ich mich.

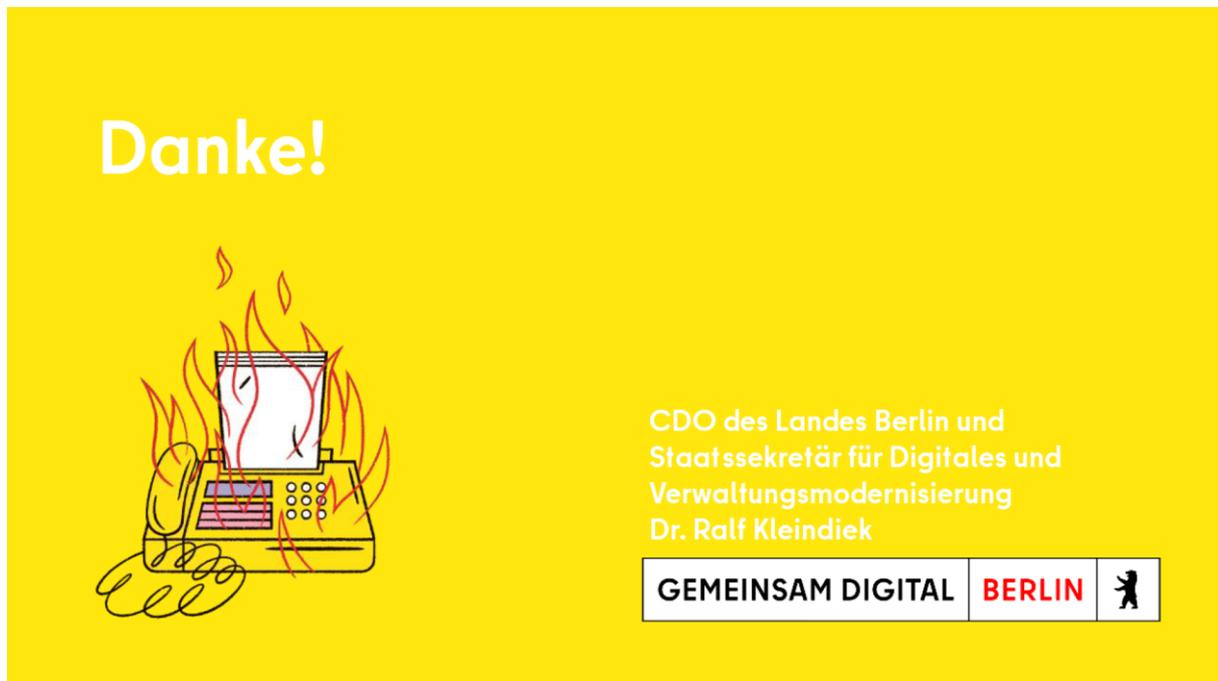
Ausblick

- Senatsbeschluss am 20.12.2022
- Abstimmung im RdB am 16.02.23, anschließend finale Senatsbefassung und Vorlage zur Kenntnisnahme an das AGH
- Auftrag an CDO, die Governance für die Umsetzung als Senatsvorlage auszuarbeiten, Ziel: Herbst 2023
- Umsetzung der Pilotprojekte und weiterer Maßnahmen
- Aufbau des Lernzyklus



Ganz zum Schluss: Was ist der Ausblick? – Wir hatten den Senatsbeschluss am 20. Dezember 2022. Die Abstimmung mit dem Rat der Bürgermeisterin wird am 16. Februar 2023 erfolgen. Dann findet die Beratung im Rat der Bürgermeister statt und dann noch mal eine abschließende Senatsbefassung, und dann wird diese Vorlage auch Ihnen im Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gelangen. Der Senatsbeschluss enthält den Auftrag an mich, die Governance, also die Regeln und Grundlagen für die Umsetzung dieser Strategie auszuarbeiten. Ich habe gesagt, es ist eine lernende Strategie. Wir wollen diese Ausarbeitung und Umsetzung immer mit ganz konkreten Projekten und Produkten verbinden, und deswegen wird eben auch diese Umsetzung dieser Pilotprojekte und anderer Maßnahmen kontinuierlich

weitergehen. Dann wollen wir das Ganze auch in den Aufbau unterschiedlicher Lernzyklen münden lassen.



Soviel zum Stand der Dinge und zum Bericht darüber, was im vergangenen Jahr passiert ist. Ich freue mich sehr, dass wir an diesem Punkt angelangt sind, dass wir diese Dachstrategie haben. – Danke für die Unterstützung bis hierhin, auch von Ihnen! Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und bedanke mich heute für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Dr. Kleindick, für die Stellungnahme des Senats mit der eingehenden Präsentation! – Kommen wir nun zu der Stellungnahme der Anzuhörenden. In der Regel sagen wir immer so fünf Minuten Einleitung; in Anbetracht der Tatsache, dass wir heute nur einen Tagesordnungspunkt haben, können Sie sich auch mehr Zeit lassen. Im Anschluss erfolgt die Aussprache der Abgeordneten. Hier vielleicht ein Hinweis an die Anzuhörenden: Wir machen das dann so, dass anhand der Redeliste alle Abgeordneten ihre Fragen stellen können – es macht immer Sinn, das mitzuschreiben, denn die Fragen sind dann doch recht umfangreich –, und dann kommen wir zu der Beantwortung der Fragen durch die Anzuhörenden, wenn die Redeliste erschöpft ist. – Dann fangen wir an mit der Stellungnahme von Herrn Dominik Piétron vom „Bündnis digitale Stadt Berlin“.

Dominik Piétron (Bündnis digitale Stadt Berlin): Schönen guten Morgen! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Staatssekretär! Lieber Ausschuss! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier öffentlich sprechen zu dürfen und einen kritischen, konstruktiven Blick aus der Zivilgesellschaft auf die neue Digitalstrategie zu werfen! Wir freuen uns, dass die Strategie nun da ist. Wir freuen uns, dass es eine Strategie geworden ist, nicht zwei, und wir freuen uns, dass sich im Laufe der Strategieentwicklung in den letzten Jahren bei Senatskanzlei und CityLAB sicherlich ein hochkompetentes Team herausgebildet hat, das unter den gegebenen Bedingungen einen tollen Job gemacht hat und offensichtlich auch wertegeleitet und mit viel Leidenschaft an den Prozess herangegangen ist.

Von außen deutet vieles darauf hin, dass das keine leichte Aufgabe war. Herr Kleindick wies bei der Strategiepräsentation am Montag darauf hin, dass er das größte Risiko für das digitale Berlin in der mangelnden politischen Unterstützung für die gemeinsame Digitalagenda sah, und Frau Laßmann sprach sogar von einer Koalition der Willigen hinter der Strategie, sodass man eher an eine Vielzahl souveräner Einzelstaaten als an eine Landesverwaltung denkt. Man kann nur erahnen, wie eng der Handlungsspielraum des Strategieteam war, wenn auf Seite 4 der Digitalstrategie gleich explizit gesagt wird, dass keine verwaltungsseitigen Rahmenbedingungen vorgegeben werden, sondern lediglich aufgezeigt werden soll, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll. Das wirft die grundsätzliche Frage auf, wie strategiefähig die Landesverwaltung ist, und wir würden gern auch zu einzelnen Maßnahmen etwas sagen, aber es fällt zunächst auf, was in der Strategie alles nicht enthalten ist.

Es sind insbesondere die zentralen öffentlichen Infrastrukturen der digitalen Daseinsvorsorge, die hier wenig Erwähnung finden. Beispiel digitale Mobilität: Eine Plattform wie Jelbi, die die wichtigste digitalpolitische Stellschraube für die Mobilitätswende ist, spielt keine Rolle. – Beispiel digitale Bildung: Der Lernraum Berlin, der für die Berliner Schülerinnen während der Pandemie die Schule ersetzt hat – keine Erwähnung. – Beispiel digitale Gesundheit: Das Debakel um die Impfbuchungsplattform Doctolib, die sich mit ihrem Datenhunger als Problemfall entpuppt hat – kein Thema. – Das Thema Wohnen: Warum unterstützen wir quasi Monopolisten wie ImmoScout24, wenn Berlin eine eigene Wohnungsplattform, inberlinwohnen.de, hat? – Auch soziale Arbeit und digitale Wohlfahrt finden nicht ausreichend Erwähnung. Also: Von außen bekommt man den Eindruck, dass die digitalpolitische Kommunikation und Abstimmung in der Verwaltung hier sehr eingeschränkt war, die Handschrift der Wirtschaftsverwaltung ist überdeutlich erkennbar, das liegt auch klar an dem Prozess, andere Senatsverwaltungen scheinen dagegen nur sehr oberflächlich oder gar nicht eingebunden worden zu sein.

Jetzt kann man denken, das ist nicht Gegenstand dieser übergeordneten Dachstrategie gewesen. Warum die Dachstrategie dann aber den Aufbau von Ladeinfrastrukturen für E-Autos oder die Veranstaltungsreihe Digital X Energy zur Bewerbung von Berliner Start-ups umfasst, ist aus unserer Sicht nicht schlüssig. Wenn die tatsächlichen – Zitat – Bedarfe der Stadtgesellschaft in den Mittelpunkt gestellt werden sollen, dann muss eine abgestimmte Digitalstrategie auch die Digitalisierung der öffentlichen Infrastrukturen umfassen und das als oberste Priorität setzen.

Also: Wir sind nicht der Auffassung, dass die Strategie schlecht ist, wir wollen sie auch nicht schlechtreden, sehr vielen Zielen können wir uns absolut anschließen. Insbesondere die Handlungsfelder zeichnen die Vision einer digitalen Stadt, die wir unterstützen, aber die Handlungsfelder, die Ziele bleiben auf einer sehr abstrakten Ebene, es fehlen häufig konkrete Handlungsschritte. Von den sieben zentralen berlinweiten Maßnahmen beschäftigen sich sechs ausschließlich mit der verwaltungsinternen Ertüchtigung, und selbst hier bleiben die Maßnahmen meist vage formuliert und haben selten verbindlichen Charakter, klare Indikatoren oder Fristen sind Mangelware.

Die Lücke zwischen den Zielen der Strategie und den Maßnahmen, wie diese Ziele erreicht werden sollen, sind also deutlich, sodass man eher von einem Wunschzettel sprechen muss als von einer tatsächlichen Strategie, die mit Maßnahmen hinterlegt ist, wie man dahin kommt. Das gilt insbesondere, weil der Text die zentralen Risiken und Konfliktfelder der digitalen Stadt nicht ausreichend adressiert. Digitalisierung bedeutet durch steigende Strom- und Ressourcenverbräuche immer auch Risiken für die Umwelt, Risiken für die Handlungsfähigkeit der Verwaltung durch technologische Abhängigkeiten von Plattformen und Govtech, Softwarefirmen durch Lock-in-Effekte und hohe Kosten, Risiken für den Datenschutz, wenn immer mehr Datenbanken und Register mit Personenbezug zusammengelegt werden sollen und Risiken für kritische Infrastrukturen durch Cyberangriffe – hatten wir vorhin schon.

Für keines dieser Themen finden sich in der Strategie konkrete Handlungsempfehlungen – wir haben zumindest keine gefunden. Weitere Fragen, mit welchen Maßnahmen jetzt jenseits von besseren Arbeitstools der Personalmangel effektiv angegangen und neue Programmiererinnen angeworben werden sollen; wie entschieden werden soll, welche Daten jetzt eigentlich öffentlich gemacht werden sollen und welche nicht; oder wie die wichtigen Infrastrukturdaten, die in privater Hand liegen, öffentlich nutzbar gemacht werden, werden nicht adressiert. Das Projekt Datengovernance bezieht sich leider auf ein Projekt von Luftdatenqualität, das, glaube ich, nicht die entscheidenden Konfliktfelder beispielsweise in den Bereichen Wohnen oder auch Mobilität umfasst und wo auch andere Herangehensweisen nötig wären.

Fazit: Es ist eine Strategie der Senatskanzlei und der Wirtschaftsverwaltung, wesentliche Bereiche wie Mobilität, Bildung, Gesundheit, Umwelt werden nachrangig behandelt, das mag der Zuschnitt des CDO, der Kompetenzen sein, aber es stellt sich eben von außen der Eindruck ein, dass die Verwaltung hier nicht genügend miteinander redet. Es ist immerhin positiv hervorzuheben, dass das – Zitat – ressort- und ebenenübergreifende Arbeiten in der Strategie sehr häufig genannt und damit auch klar als Zielvorgabe identifiziert wird. Es bräuchte also aus unserer Sicht eine strategische stärkere strukturelle Integration und Bündelung von Kompetenzen und eine ausreichende Ressourcenausstattung, um eine handlungs- und strategiefähige Verwaltung zu bekommen, die die Digitalisierung an den Bedarfen der Stadtgesellschaft

ansetzt und die Risiken proaktiv adressiert. – Hier mache ich einen Punkt und gehe gern im Folgenden noch auf einzelne Aspekte der Strategie ein. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Piétron vom „Bündnis digitale Stadt Berlin“! – Dann fahren wir fort mit den Anzuhörenden, und Herr Dr. Benjamin Seibel von CityLAB hat das Wort. – Herr Seibel!

Dr. Benjamin Seibel (CityLAB Berlin, Leiter der Technologiestiftung Berlin): Schönen guten Morgen! Mein Name ist Benjamin Seibel. Die meisten von Ihnen kennen mich, Sie waren ja dankenswerterweise letztes Jahr zu einer öffentlichen Ausschusssitzung bei uns, was uns sehr gefreut hat. Von daher muss ich heute, glaube ich, nicht mehr sehr viel zum CityLAB Berlin sagen, sondern mehr zur Strategie, die wir, seit Ende 2020 die Bundesförderung begann, eng begleitet haben. Wir haben einerseits den ganzen Beteiligungsaspekt sehr stark mitgestaltet; die Strategie umfasst ja ein sehr ambitioniertes Beteiligungskonzept. Da gab es über die zwei Jahre zahlreiche Formate – online wie offline –: Expertinnenworkshops, Workshops mit Bürgerinnen und Bürgern. Aber auch ein großes internationales Symposium für die Smart-City-Fachcommunity mit über 600 Teilnehmenden, das Stadtgremium mit 70 gelosten Berlinerinnen und Berlinern und die gezielte Arbeit mit marginalisierten oder stillen Gruppen hier in Berlin haben wir in die Strategie miteingebracht, also einerseits bei diesen Beteiligungsprozess als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft agiert, andererseits, das haben Sie jetzt schon gehört, spielt in der Strategie das Thema Agilität, Prototyping eine wichtige Rolle. Das ist etwas, was wir seit 2019 im CityLAB natürlich explorieren, wo wir viele Erfahrungen gesammelt haben, wie wir in der öffentlichen Digitalisierung schneller bedarfsgerechter, pragmatischer werden können. Wir waren sehr dankbar über das große Interesse, auch vonseiten der Senatskanzlei, dass auch unsere Erfahrungen in die Strategie eingeflossen sind, zum Beispiel in dieses Umsetzungsmodell in Kapitel 6, wo dieses agile Vorgehen noch mal ein bisschen ausbuchstabiert wird.

Das Interessante an dieser Strategie ist aus meiner Sicht, dass sie nicht lediglich Ziele und Vorhaben definiert, sondern dass sie sich viel mit der Frage beschäftigt, wie wir eigentlich vorgehen müssen, damit digitale Vorhaben gelingen. Es ist vielleicht das zentrale Problem der Digitalisierungspolitik in Deutschland, dass das häufig nicht mitgedacht wird. Vorhin hat der Kollege Schulze schon gesagt, man spricht zum Teil von „vor Jahrzehnten“, wenn es um Digitalstrategien geht. Mein Eindruck ist auch, in Deutschland und in vielen Kommunen – Berlin ist da überhaupt keine Ausnahme – werden seit 20 Jahren Strategien mit ambitionierten Zielen formuliert, und dann merkt man ein paar Jahre später, dass es wieder nicht geklappt hat, und dann schreibt man eine neue Strategie, gerade wieder zu sehen mit dem Onlinezugangsgesetz. Es mangelt also nicht an ambitionierten Zielsetzungen, sondern offensichtlich an der Umsetzungsfähigkeit.

Deswegen ist das aus meiner Sicht folgerichtig, dass die Strategie einen starken Fokus darauf legt, wie Umsetzung eigentlich gelingen kann. Die digitale Transformation ist so komplex und vor allem auch so dynamisch, dass sie mit klassischer Verwaltungsarbeit kaum in den Griff zu kriegen ist. Genau das muss aber gelingen, wenn wir Digitalisierung gestalten wollen. Deswegen ist es auch richtig, dass die Strategie diesen Kulturwandel anregt und das nicht nur, wie viele andere Strategien, als eine Phrase benutzt, sondern auch mit konkreten Hinweisen und zum Beispiel auch mit Werkzeugen, wie sich die einzelnen Projekte besser aufstellen

können, hinterlegt. Dazu gibt es auf der Website der Strategie ja auch umfassende Begleitmaterialien.

So gesehen, ist es aus meiner Sicht auch folgerichtig, dass relativ wenig konkrete Einzelmaßnahmen vorab definiert werden. Ich sehe den Kritikpunkt von Dominik Piétron; gleichzeitig ist die Strategie natürlich so angelegt, dass sie offen ist, dass jederzeit neue Maßnahmen in die Strategie einfließen können – auch das ein Anzeichen von Agilität und dass wir uns die Flexibilität in der Umsetzung bewahren, jederzeit zu sagen, hier und da können wir noch weitere konkrete Maßnahmen umsetzen –, aber dass die Strategie erst mal eine Richtung vorgibt. Das machen wir zum Beispiel in der agilen Projektarbeit auch ganz oft so, dass wir nicht jede einzelne Maßnahme ausdefinieren, sondern sagen, da und da wollen wir hin, und dann eben situativ entscheiden können, wie man da am besten hinkommt. Wie gesagt, wir arbeiten im CityLAB schon länger an agilen Projekten, auch zusammen mit Verwaltungen, ganz konkret, dass wir Digitalisierungsprojekte umsetzen, legen aber auch großen Wert auf die Wissen- und Methodenvermittlung, da wir da ganz klar Defizite in den Verwaltungen haben, und, wie gesagt, mit dem klassischen Vorgehen läuft meine Digitalisierung oft nur hinterher.

Was uns freut, ist, dass mit der Strategie und dem Vorgehensmodell, das da drin steht, dieses Vorgehen, dass wir seit Jahren, wie ich meine, durchaus erfolgreich explorieren, jetzt ein Stück weit in die Fläche gebracht oder als ein sinnvolles Vorgehen für Digitalprojekte normalisiert werden soll. Das ist sicher ambitioniert, aber aus meiner Sicht absolut richtig, und wir wollen dabei als CityLAB natürlich auch unterstützen. Deshalb werden wir uns auch weiterhin in der Umsetzungsphase bei der Begleitung von Maßnahmen der Strategie engagieren. Es wurde ja schon von Herrn Kleindiek erwähnt, dass es ein wichtiger Aspekt ist, dass die Maßnahmenteamer, die jetzt umsetzen, eine methodische und technische Begleitung bekommen. Dafür sind wir unter anderem da, und wir wollen diesen Prozess auch transparent dokumentieren. Aus meiner Sicht ist nämlich Transparenz ein weiterer ganz zentraler Aspekt der Strategie, und da wollen wir auch den Konsortien, die die Maßnahmen umsetzen, etwas unter die Arme greifen. Ein Prinzip des agilen Vorgehens ist, dass man nicht fünf Jahre im stillen Kämmerlein hinter verschlossenen Türen werkelt, sondern dass man kontinuierlich sozusagen im Offenen arbeitet, andere einbeziehen kann und darüber berichtet.

Einerseits wollen wir also Unterstützung für Maßnahmen anbieten, andererseits wollen wir diesen Lernprozess auch gestalten. Es wurde ja schon gesagt, es ist eine lernende Strategie, und das bedeutet sowohl, dass sich die Strategie, das Dokument selbst weiterentwickeln kann, dass wir regelmäßig evaluieren, ob das klappt, das bedeutet aber auch, dass die vielen Akteure, die jetzt hier in der Umsetzung einbezogen sind, miteinander und untereinander lernen. Auch dafür kann und will das CityLAB der richtige Ort sein, für Austauschformate und gemeinsame Lernformate. Auch da sind wir schon dabei, einzelne Formate zu erarbeiten, damit wir auch hier einen transparenten Prozess haben, in dem nicht jedes Konsortium dieselben Fehler macht, sondern in der Regel jeder Fehler nur einmal gemacht wird, und danach alle klüger als vorher sind. Nicht zuletzt beteiligen wir uns auch mit eigenen Vorhaben. Darauf können wir in der Fragerunde auch gern noch tiefer eingehen.

Das mobile CityLAB wird unser mobiles Partizipationsangebot, mit dem wir in die Kieze gehen wollen. Das kann man sich wie ein mobiles Tiny House vorstellen, ein Schiffscontainer, der von außen und von innen ausgebaut ist und übrigens ein komplett energieautarkes Projekt wird, also auch unter dem Gesichtspunkt Klimaneutralität ganz spannend ist. Das soll

bis zur Outdoorsaison jetzt im Sommer auch schon fertig sein, und dann kommen wir auch gern in Ihren Kiez, wenn Sie daran Interesse haben. Wir koordinieren dafür gerade die ersten Standorte.

Vielleicht zum Abschluss noch: Was sind jetzt für die Umsetzungsphase unsere Wünsche oder in unseren Augen Voraussetzungen, damit die Strategie gelingen kann? – Neben einer Festigung und Verstetigung unserer eigenen Rolle ist das vor allem ein Aufbau auch von Kapazitäten in der Verwaltung für digitale Transformation. Wir freuen uns sehr, dass es die Stabsstelle in der Senatskanzlei gibt. Wir arbeiten damit sehr gut zusammen, trotzdem müsste aus meiner Sicht, ganz klar, diese Stabsstelle größer sein. Wir brauchen hier auch Dauerstellen; Digitalisierung ist kein Projekt, das werden wir nicht mehr los, sondern wir müssen hier in der Verwaltung jetzt handlungsfähig werden, und bei digitaler Transformation ist das eben auch nicht nur IT, sondern auch Produktmanagement. Das ist sogar auch Design, Projektmanagementfähigkeiten, aber wir brauchen hier Personal, das wirklich mit der notwendigen Kompetenz diese Transformation gestaltet. Das Outsourcing von zentralen strategischen Aufgaben hat sich nicht bewährt, das wissen wir inzwischen, glaube ich, alle. Das heißt überhaupt nicht, dass Wirtschaft zukünftig keine Rolle mehr spielt, im Gegenteil, aber wir müssen hier Rahmenbedingungen schaffen, sodass wir mit externen Akteuren auf Augenhöhe arbeiten können, und das heißt eben auch, Kompetenz innerhalb der Verwaltung aufbauen. Dann wird es für die Unternehmen auch wieder attraktiver zu kooperieren. Im Moment gilt es bei vielen Start-ups eher als ein Risikoprojekt, mit der Verwaltung zu arbeiten und nicht als etwas, wofür man Lust hat. Das muss sich ändern.

Wir brauchen generell Rahmenbedingungen, die dieses agile und ressortübergreifende Arbeiten fördern oder auch dazu anregen, vielleicht sogar belohnen, wenn man das tut. Das ist immer noch eher ein exotischer Weg, aber es gibt hier, denke ich, inzwischen erste gute Ansätze, wie wir es schaffen, Produkte schneller auch nach draußen zu bringen, auch wenn sie vielleicht noch unfertig sind. Aber im Moment ist es noch oft so, dass die eigentliche Entwicklung eines digitalen Projekts oft nur wenige Wochen dauert, wenn es um eine schlanke Webseite geht, und die Genehmigung dauert dann aber ein Jahr. Da müssen wir irgendwie neue Wege finden, zumindest da, wo es nicht sicherheitskritisch ist, einfach mutiger und schneller nach draußen zu gehen und dann an den Projekten weiterzuarbeiten – auch wenn sie veröffentlicht sind, sind die ja nicht fertig.

Drittens wünschen wir uns, dass Partizipation weiterhin ernst genommen wird. Sie war für die Entstehung wichtig, sie wird aber auch als Feedbackmechanismus für die Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden, wichtig sein. Dazu braucht es auch eine Verstetigung bestimmter partizipativer Formate, das ist in der Strategie auch schon angelegt, dort wird ja auch explizit erwähnt, dass die Maßnahmen auch in der Umsetzung weiterhin mit partizipativen Formaten begleitet werden. Das finden wir ganz wichtig.

Der letzte, etwas schnöde Punkt: Geld. Wir brauchen Finanzierungen und Budgets nicht nur für die Umsetzung immer neuer Maßnahmen, sondern auch für die Verstetigung derjenigen, die erfolgreich sind. Es ist doch einfach so, dass digitale Anwendungen auch im Betrieb Geld kosten, und wir sehen hier in Deutschland, auch auf Bundesebene, eine Förderlandschaft, die aus meiner Sicht noch zu viel in neue Leuchttürme investiert und zu wenig darin, die Leuchttürme, die sich bewährt haben, dann auch zu verstetigen. Deswegen freuen wir uns da auch auf zukünftige Budgets, die so etwas mitdenken.

Zunächst einmal freuen wir uns aber einfach auf die Umsetzungsphase. Wir als CityLAB fühlen uns hier aktuell gut aufgestellt, haben einen sehr guten Austausch mit dem CDO und der Stabsstelle. Wir bekommen jetzt auch sehr positives Feedback aus der Fachcommunity. Wir sind natürlich viel mit anderen Städten vernetzt, viele beneiden uns um diese Strategie oder sehen Sie als vorbildlich an, aber natürlich zählt auch hier, was am Ende bei der Umsetzung rauskommt. – In diesem Sinne: vielen Dank und auf weiterhin gute Zusammenarbeit bei dem Thema!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Dr. Seibel! – Dann möchte ich Frau Kamp die Möglichkeit geben, eine Stellungnahme abzugeben, bevor wir dann zur Liste der Fragesteller kommen. – Frau Kamp, Sie haben das Wort!

Meike Kamp (Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit): Vielen Dank! – Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Kleindiek, für die Vorstellungen der Projekte und Maßnahmen! Zu den Einzelheiten kann ich natürlich noch nicht viel sagen. Wir haben da bisher noch keine großen Berührungspunkte gehabt. Was aber auffällt, ist, dass natürlich in vielen Bereichen dieser Projekte und Maßnahmen personenbezogene Daten und auch der Umgang damit eine Rolle spielen werden. Ich würde jetzt nicht so weit wie Herr Piétron gehen, dass das Wort Datenschutz in der Strategie gar keine Erwähnung findet. Es findet mitunter Erwähnung, es wird auch in den Handlungsfeldern definiert, dass Datenschutzbestimmungen einzuhalten sind, aber, und da würde ich das unterstützen wollen, was Herr Piétron gesagt hat, es findet sich nicht so richtig eine Strategie, wie tatsächlich Datenschutz in den einzelnen Projekten mitgedacht wird, also wie das tatsächlich implementiert wird, wie Datenschutzbewertungen in den Projekten prozessseitig eingebunden oder implementiert werden. Das sind natürlich auf jeden Fall Fragestellungen, die uns insbesondere interessieren. Insofern würde ich mich freuen, wenn in dieser Strategie auch eine Datenschutzstrategie eine Rolle spielen würde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Frau Kamp! – Dann können wir zur Redeliste kommen. Nummer eins auf der Redeliste ist Herr Schulze von der Fraktion Die Linke.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich fand die Anhörung jetzt gerade noch mal sehr erhellend, weil ich glaube, Sie haben beide den Punkt der Sache getroffen, Herr Piétron mit der Kritik, und zwar genau an der richtigen Stelle. Ich glaube, Herr Kleindiek hatte vorher auch mal durchblicken lassen, dass die Frage, wie man im Senat oder insgesamt in Berlin mit den Akteuren zusammenarbeitet, nicht immer ganz einfach ist. Er hatte ja von Versäulung und Silos gesprochen. Und Herr Dr. Seibeld hat die großen Vorzüge dieser Strategie angesprochen, nämlich einen partizipativen Erarbeitungsprozess und ein Umdenken, das notwendig ist, wenn man Digitalisierung in der wertegeleiteten Variante, wie wir sie in Berlin vorhaben, zum Erfolg bringen will.

Da schließe ich auch gleich mal meine Fragen, und zwar an beiden Punkten, an. Ich glaube, wenn wir die Digitalisierungsstrategie zum Erfolg bringen wollen, dann ist es notwendig, dass wir die Verwaltungskultur grundlegend ändern. Vielleicht können Sie beide mal etwas dazu sagen, wie Sie das jetzt im Verlaufe der Erarbeitung der Strategie erlebt haben, also: Wie agil oder wie veränderungsbereit muss die Verwaltung sein, damit sie mit den Digitalisierungsakteuren, die wir noch so in der Stadt haben – es wurde schon angesprochen, Wissenschaft, Zi-

vilgesellschaft oder Kreativwirtschaft, auch Kulturakteure sind durchaus dabei, wir haben eine unfassbare Landschaft von Menschen, die sich in Berlin mit Digitalisierung beschäftigen –, zusammenarbeiten kann? Und was können wir möglicherweise dafür tun?

Ich glaube, das ist eine Grundfrage, wenn das nicht funktioniert – Ich habe mal ein Beispiel: Als wir die Pandemie hatten, gab es aus der Zivilgesellschaft die Initiative, dass Menschen, die selber Masken herstellen, diese online anbieten und an die entsprechenden Stellen bringen. Anstatt dieses Angebot aufzunehmen und irgendwie zu integrieren, hat die Gesundheitsverwaltung – das war noch die letzte – damals ein eigenes Angebot zu Maskentausch und zur Maskenherstellung auf den Weg gebracht, beides digital, beides nebeneinander her. Das ist natürlich genau nicht der Ansatz, der gut und erfolgversprechend ist, sondern wir brauchen ja gerade eine Zusammenarbeit, Kooperation und Vernetzung von diesen Akteuren, die sich in der Stadt mit Plattformen und ähnlichen Angeboten beschäftigen. Also: Was muss in der Verwaltung passieren – das würde ich auch in Richtung des CDO fragen –, damit sich das ändert? Wir hatten ja im Koalitionsvertrag explizit geschrieben, dass wir die Bündelung der Digitalisierungsaktivitäten bei einem CDO wollen, damit er die Möglichkeiten hat, in die restlichen Häuser stärker durchzugreifen und einzugreifen und die Potenziale, die dort sind, zu heben. In dem Zusammenhang sollte auch jede Verwaltung eine Stabsstelle Digitalisierung einrichten, auch das steht ja im Koalitionsvertrag. Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie da der Stand ist und wie sich im Moment Ihre Ansprechpunkte in den einzelnen Häusern darstellen. – Das dazu.

An Herrn Dr. Seibel hätte ich noch die Frage: Wie sieht es mit dem CityLAB aus? – Wir haben hier ja immer für mehr Finanzierung und auch für bessere Räume gestritten. Wir haben Haushaltsverhandlungen vor uns, und ich glaube, wenn dieser Vernetzungsaspekt gelingen soll, dann ist das CityLAB nach wie vor eine absolute Schlüsselstelle. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht noch einmal sagen, was Sie dafür brauchen und vielleicht auch, man soll nie ohne Wünsche in eine Anhörung ins Abgeordnetenhaus kommen, was Sie sich für die Zukunft wünschen.

An Herrn Piétron die Frage, es wurde im Zuge der Erstellung der Strategie schon viel von Partizipation gesprochen, wie sehen Sie das in Zukunft, wenn jetzt auch konkrete Projekte in die Umsetzung gehen – einige wurden hier genannt, ich glaube, viele andere, noch deutlich größere, Projekte müssen noch folgen –, wie können Sie sich Partizipationen vorstellen, und wie ist dafür aus Ihrer Sicht die zivilgesellschaftliche Landschaft in Berlin und auch Ihr Bündnis aufgestellt? Welche Akteure haben Sie da, welche wären ansprechbereit und welche konkreten Ansatzpunkte für mehr Kooperationen sehen Sie im Rahmen der Strategie?

Letzter Punkt: die Frage von Projektcharakter in der Digitalisierung. Wir haben in Berlin – diejenigen, die schon ein bisschen länger dabei sind, wie der Kollege Ziller, wissen das – schon mal diverse Projekte im Digitalisierungsbereich gehabt, die dann auch Projekte geblieben sind, also im Sinne von, dass sie nicht bestätigt wurden, sondern auf der Strecke geblieben sind. Wenn wir jetzt beispielsweise über eine Berlin-App reden, das hat der CDO vorhin schon angeteasert: Wir haben eine Service-App des Landes, die irgendwann mal erarbeitet und erstellt worden ist, seitdem aber nicht weiter entwickelt wurde und deshalb relativ unattraktiv ist.

Wir haben jetzt auch das Thema mit der An- und Ummeldung, das gerade in der Presse war, wo wir genau das Servicekonto als Basisinfrastruktur haben, das jetzt aber mit den entsprechenden Anforderungen des Bundes nicht kompatibel ist. Deswegen warten jetzt darauf, dass das passend gemacht wird, damit die An- und Ummeldung kommen kann. Das sind so Dinge, da sind mal Dinge angeschoben wurden, Basisdienste im Projektstatus verblieben, und es geht nicht weiter. Das ist natürlich bitter. Deswegen auch meine Frage: Wie kommen wir aus dem Projektstatus raus in eine Dauerfinanzierung, in eine dauerhafte Pflege und Modernisierung solcher Angebote, die dann auch zum Regelkanon gehören? Ich glaube, dass erwarten die Bürgerinnen und Bürger, ehrlich gesagt, auch, und das wäre etwas, wo wir als Abgeordnetenhaus auch Geld zur Verfügung stellen müssen. Bei der Digitalisierung ist es nicht wie mit einem Haus, das man hinstellt, und dann steht das erst mal 20 Jahre, bevor es wieder angefasst werden muss, Digitalisierungsprojekte müssen ständig angefasst werden. Deswegen, glaube ich, ist es für uns auch wichtig, da eine Dauerhaftigkeit rein zu kriegen. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Dann fahren wir fort mit Herrn Ziller von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank, auch für die Darstellung und den Stand der Digitalisierungsstrategie! Zum einen kann ich die Kritik an dem Zwischenstand eins zu eins nachvollziehen, denn, als wir vor 34 Jahren diesen ganzen Prozess angefangen haben, war das genauso, und als ich die ersten Versuche der – damals – Wirtschaftsverwaltung gesehen habe, alle anderen Senatsverwaltungen zu beteiligen – bringt euch doch mal ein! Was sind eure Herausforderungen in der Digitalisierung? –, kam von einzelnen Verwaltungen zurück: Digitalisierung, damit haben wir nichts zu tun, da gibt es keine Baustellen. – Insofern sind wir, glaube ich, einen Riesenschritt weiter, auch dass die Strategien zusammengeführt sind, und haben ein Zwischenstand, der nicht perfekt ist und sicherlich auch zeigt, wo Berlin steht. Insofern ist es auch eine ehrliche Bestandsaufnahme, aber wir haben einen Zwischenstand, und wir haben auch Prozesse, und wir sind, glaube ich, auch im letzten Jahr trotz aller Krisen einen Schritt weiter gekommen. Ich glaube, der nächste Schritt muss genau das sein, was beschrieben wurde, die Lücken füllen, sodass sich die Senatsverwaltung und auch die Bezirke, die Baustellen haben und die Aufgaben haben, da verstärkt einbringen. Insofern ist der Weg total spannend.

Ich habe ein paar Fragen. Was mich in Berlin zunehmend erreicht, ist die ganze Frage, ich nenne es mal „digitale Barrierefreiheit“, manchmal steht das Schlagwort drin, aber meine Frage wäre auch in Richtung Senat oder auch in Richtung Frau Laßmann, wie da die Debatte auch intern ist, auch mit Land und Bezirken, da voranzukommen, auch was Onlineauftritte angeht. Ich meine, wir haben jetzt berlin.de in unseren Reihen, aktuell macht Marzahn-Hellersdorf einen Bürgerhaushalt, der nur digital ist, und unsere ganzen Senioren beschwerten sich zurecht, dass sie eigentlich keine Chance haben, am Bürgerhaushalt teilzuhaben. Jetzt ist der Bürgerhaushalt oder Bürgerinnenhaushalt ein Projekt der Digitalisierungsstrategie. Insofern fände ich es spannend, genau an dem Beispiel, zumindest vielleicht für die nächsten Jahre, einen Weg zu finden, wie man das zusammenbringen kann, dass Digitalisierung was Gutes ist, auch viele Chancen hat, aber wir alle Leute mitnehmen und auch nicht in den ersten Schritten Leute ausgrenzen. Das fände ich eine spannende Frage, wie wir das in der ganzen Strategiearbeit oder auch in der Zukunft thematisieren.

Dann habe ich eine Frage zur Beteiligung. Wir haben zum einen die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Vielleicht können Sie noch zwei Worte dazu verlieren, ob das gut funktioniert oder ob die Kritik und Anmerkungen aufgenommen wurden. Es gab zum Beispiel die Kritik, dass die digitale Mobilität und diese ganzen Baustellen nicht drin sind. Wurde das angesprochen? Hat der Senat reagiert? Gab es eine Schwerpunktsitzung, wo man das mal gemeinsam besprochen hat, oder ist das noch geplant?

Als letzten Punkt zur Beteiligung – wie funktioniert das mit der Einbindung der Bezirke? Man kann sich ja streiten, welche Rolle die Bezirke haben. Wir haben in vielen BVVen inzwischen einen Ausschuss für Digitalisierung. Es gibt in vielen Bezirken das Interesse und auch kleinere Kiezprojekte und andere Baustellen. Auch die Bezirke sollten so eine Stabsstelle, oder welche geeignete Form von Digitalisierung auch immer, aufbauen. Ich hatte dazu mal angefragt und erfahren, dass das noch in den Startlöchern ist. Wie weit ist das? Gibt es inzwischen stabile Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Akteure in den Bezirken? Vielleicht in dem einen ein bisschen weiter, in dem anderen ein bisschen weniger. Ist das auf einem guten Weg, oder ist das etwas, was wir uns mit den Bezirken noch mal vornehmen sollten, um da ein bisschen voranzukommen? – Damit mache ich jetzt einen Punkt. Danke!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Ziller! – Jetzt wird Herr Förster von der CDU-Fraktion die Redeliste fortsetzen. – Sie haben das Wort!

Christopher Förster (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch ich möchte den beiden Anzuhörenden, vor allem Ihnen, Herr Piétron, für die wirklich sehr ehrliche Kritik danken. Ich glaube, das ist auch angebracht. Nur so können wir erfolgreich weiter arbeiten. Ich hatte mich, während Sie gesprochen und kritisiert haben, gefragt, ob Sie überhaupt daran beteiligt waren. Ich empfinde das schon als eine kleine Klatsche und sehr deutliche Kritik. Ich hoffe, dass das insofern aufgenommen und dass schnellstmöglich nachgebessert wird. Daher würde ich mich gerne der Frage von Herrn Schulze anschließen: Was würden Sie sich wünschen? Wie muss es zukünftig weitergehen, damit wir an gewissen Stellen einfach vorankommen

Herr Seibel, Sie hatten das mobile CityLAB angesprochen, mit dem Sie unterwegs sind. Auch da würde mich interessieren, was Sie vielleicht tun, um an Senioren heranzukommen. Herr Ziller hat absolut recht. Ich habe in den letzten Wochen immer mehr ältere Menschen bei mir in Bürgerbüros gehabt, die darüber klagen, dass sie sich abgehängt fühlen, dass sie nicht über Smartphones verfügen, um zum Beispiel jetzt Briefwahlunterlagen zu beantragen, was man mit einem QR-Code machen könnte, sondern alles immer noch zur Post bringen. Mich würde interessieren, ob Sie vielleicht Ideen haben oder wie Sie auf ältere Menschen zugehen, um sie daran zu beteiligen, damit auch jemand, der 75 Jahre oder älter ist, nicht das Gefühl hat, hier entsteht eine großartige Strategie, und die Digitalisierung wird in unserer Stadt immer mehr gelebt, aber ich kann daran gar nicht teilnehmen, weil ich nicht über das Know-how und die Hardware et cetera verfüge. Mich würde interessieren, ob Sie dazu noch ein bisschen ausführen können, wie eine Partizipation mit älteren Menschen stattfindet.

An Sie natürlich auch die Frage: Was wünschen Sie sich? Was sollte unsererseits noch alles hier aus dem Abgeordnetenhaus folgen?

An Herrn Kleindiek noch ein paar Fragen – der ganze Aspekt der finanziellen Förderung hatte mir in Ihrem Vortrag ein bisschen gefehlt. Können Sie dazu vielleicht noch ein bisschen was

sagen? Was hat das alles gekostet? Was für Kosten entstehen, wenn das alles umgesetzt wird, auch die ganzen Projekte, die Sie uns vorgestellt haben? Vielleicht könnten Sie dazu noch kurz etwas ergänzen.

Ich hatte mir noch kurz notiert – das hatten wir, als wir im CityLAB waren, auch kurz besprochen –: Ich glaube, dass es immer Vorbilder gibt, wenn wir EU-weit schauen, vielleicht aber auch in unserem Land gucken, was andere Städte schon alles Gutes leisten. Was kann der Senat sich vielleicht abgucken? – Wir müssen in Berlin nicht immer wieder die Räder neu erfinden. Ich habe das Gefühl, dass es immer Dinge gibt, die woanders gut funktionieren. Inwieweit ist das geprüft worden? Was können wir Gutes und Sinnvolles übernehmen, um nicht immer gleich bei null anfangen zu müssen?

Zum Schluss der Appell unserer Fraktion: Ich glaube, wenn wir Partizipation und Beteiligung leben wollen, müssen wir in der Stadt, muss der Senat bei den Basics liefern. Wir müssen wirklich schnell vorankommen, was das Thema öffentliches WLAN, die Gigabitstrategie, den Ausbau von Breitband betrifft. Wir brauchen schnellstmöglich eine digitale Verwaltung, die E-Akte muss umgesetzt werden. Wenn wir das alles nicht in den nächsten Jahren zügig voranbringen, dann nützen uns auch so schöne Strategiepapiere nichts, wenn viele Berliner einfach gar keine Möglichkeit haben, mit der Verwaltung digital zu kommunizieren. – Danke!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Förster! – Dann setzen wir mit Herrn Vallendar von der AfD-Fraktion fort.

Marc Vallendar (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen zu der Digitalisierungsstrategie des Berliner Senats! Wir haben im Juni 2022 die auswärtige Sitzung des Ausschusses im CityLAB gehabt. Die Einblicke in die Arbeit dort waren durchaus interessant. Zum anderen fragt sich meine Fraktion allerdings weiterhin, ob sich das Land Berlin im Bereich der Digitalisierung nicht zuerst einmal auf die Aufgaben konzentrieren sollte, die unmittelbar und zwingend zu erledigen sind. Wir möchten daran erinnern, dass die Verwaltungsdigitalisierung in etlichen Bereichen weiter entgegen dem ursprünglichen Zeitplan zurückliegt. Wir haben in den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr weiterhin gesehen, dass der IKT-Haushalt immer stärker anwächst.

Die AfD-Fraktion trägt zwar diesen Mittelaufwuchs im Bereich der Digitalthemen durchaus mit, wir erhoffen uns am langen Ende eine effizientere Verwaltung, was letztlich dann auch den Bürgern zugutekommt. Aber das Land Berlin hat keine unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten. Deswegen sollte man die finanziellen Ressourcen, die man hat, in die Themenfelder bündeln, wo zwingende Handlungsbedarfe bestehen. Mein Eindruck ist, dass der Begriff der Digitalisierungsstrategie – das wurde auch hier durch Herrn Piétron angesprochen – seitens der Koalitionspartner immer nur genutzt wird, wenn es um Projekte geht, die außerhalb der Kernaufgaben der Berliner Verwaltung liegen und dass man eigentlich keine richtige Strategie hat, sondern vielmehr einen Wunschzettel. Konkrete Handlungsschritte und auch die Verbindlichkeit in den einzelnen Projekten fehlen.

Wir fragen uns jetzt zum Beispiel, wie es mit der Digitalisierungsstrategie bei den Projektverzögerungen bei der OZG-Umsetzung aussieht. Wie wäre es mit einer Strategie zur Optimierung der Zusammenarbeit bei interdisziplinär zu organisierenden Maßnahmen, wie zum Beispiel dem Bereich der Schuldigitalisierung? Wie wäre es mit einer Digitalisierungsstrategie,

die die leidigen Themen Bürgeramtstermine, Engpässe bei den Kraftfahrzeugstellen und so weiter behebt? – Im Sommer 2022 war in den Medien zu lesen, dass selbst die Genehmigungen, die für die Bestattungen verstorbener Mitmenschen eingeholt werden müssen, teils erst nach etlichen Wochen erteilt werden konnten. Aktuell stehen unsere Finanzämter kurz vor dem Kollaps, weil es dort in der IT Überlastungseffekte gibt.

Solche und andere Dinge wären Punkte, wo wir uns wirklich sehr über eine Digitalisierungsstrategie freuen würden. Wir sind uns einigermaßen sicher, dass den Bürgern unserer Stadt solche Themen mehr am Herzen liegen als die geplanten Smart-City-Umbauten im Bereich Breitscheidplatz und Bahnhof Zoo.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Frage aufwerfen – wenn über die Umgestaltungen des Stadt- und Straßenbildes mittels digitaler Techniken nachgedacht wird, warum wird eigentlich nicht über Projekte mit wirklichem praktischen Nutzen gesprochen? Als Beispiel möchte ich mal einen kleinen Denkanstoß geben. Berlin könnte beispielsweise dringend innovative Lösungen für die Verbesserung des Fahrzeugverkehrs in der Stadt brauchen, zum Beispiel intelligente Ampelsteuerungs- und Verkehrsflussoptimierungssysteme. Das wäre mal ein handfestes Projekt, woraus der Bürger wirklich einen Alltagsnutzen ziehen könnte.

Deswegen sind wir noch nicht so ganz überzeugt von dem, was der Berliner Senat jetzt für Pläne hat und hoffen, dass vielleicht konkrete Projekte, wie die, die ich gerade angesprochen habe, jetzt erst mal vorrangig in den Fokus genommen werden. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Wir setzen fort mit Herrn Lehmann von der SPD-Fraktion.

Jan Lehmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen! Zunächst freue ich mich über die Hingabe, mit der Herr Dr. Kleindiek und die Senatsverwaltung sich der Digitalisierung hier in der Stadt annehmen, sie auf das Tagestableau gezogen und dabei auch so viele Akteure mitgenommen haben, und, wie Herr Dr. Kleindiek sagte, auch gleichberechtigt. Das ist ein guter Ansatz, und er scheint mir auch erfolgsversprechend. Im Gegensatz zur Opposition erkenne ich an, dass es sich bei dieser gesamten Digitalstrategie um ein agiles Projekt handelt, das natürlich nie abgeschlossen ist und sich durch die Entwicklung dann auch selbstständig weiteren wichtigen Fragen zuwenden wird. Da habe ich keine Skepsis und sehe da nicht schwarz.

Ich habe einige Fragen an die Senatsverwaltung. Die Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ hebt auch das Potenzial und die Notwendigkeit der neuen Arbeitskultur in der Verwaltung, der Verwaltungsmodernisierung und der Verwaltungen untereinander hervor. Welche Ideen gibt es, dieses Ziel zu erreichen? Wie sollen die Akteure zusammenarbeiten? Gibt es noch ein gesondertes Ad-on- oder Strategiepapier, oder geschieht das schon parallel? – Ich nenne mal das Stichwort dieser digitalen Stabsstellen. Ich glaube, Herr Ziller hat das auch erwähnt.

Der zweite Aspekt ist heute schon von mehreren immer am Rande gestreift worden, wie die Wirtschaft hier weiter eingebunden wird. Herr Dr. Kleindiek hatte die Siemens-Zusammenarbeit erwähnt. Was gibt es darüber hinaus für Engagements? – Dr. Seidel sagte, die Start-ups hätten Probleme, er hat das auch anschaulich dargestellt. Wird das auch noch in den Fokus gerückt? Ich würde es anregen, sich auch um diese Szene weiter zu kümmern.

Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei dem „Bündnis digitale Stadt Berlin“ und Herrn Piétron. Solche Hinweise sind immer außerordentlich wichtig. Natürlich ist so ein Papier, wie ich auch gesagt habe, nie abschließend. Aber die von Ihnen genannten Aspekte sind natürlich außerordentlich wichtig. Die Schuldigitalisierung ist ein Riesenbrett. Ich nehme an, daran wird auch an anderen Baustellen schon gearbeitet. Zum Jelbi-Projekt würde ich mich auch über eine Auswertung freuen. Das kommt aber sicher. Vielen Dank für die Hinweise! Das schadet nicht.

Die städtische Infrastruktur ist genau der Punkt, den Sie auch kritisiert haben. Ich nehme an, durch den agilen Prozess kommen immer mehr Punkte dazu. Es wird wahrscheinlich nicht für freie Fahrt für AfD-Fahrzeuge digitale Ampelschaltungen geben, wie gerade angedeutet, aber das hat ja auch nichts mit Intelligenz oder mit künstlicher Intelligenz zu tun.

Dann würde ich gerne noch zum CityLAB kommen – tut mir leid –, da habe ich jetzt mehrere Aspekte, einer ist vielleicht gar nicht zum heutigen Vortrag zugehörig. Wir hatten Sie ja im CityLAB besucht. Erst mal finde ich es schön, Sie hier live zu sehen. Ich höre immer Ihren Podcast, das ist immer sehr erhellend, ich kann das sehr empfehlen. Der CityLAB-Podcast ist immer ein paar Monate voraus, wenn es um digitale Themen in der Stadt geht – kleiner Werbeblock –. Wir waren im Sommer vor Ort. Da wurde sichtbar und ein bisschen angedeutet, dass das etwas eng und ein altes Gebäude ist. Sind Sie da schon weitergekommen, oder ist das jetzt ein bisschen auf Eis gelegt? Können Sie sich dort vergrößern? – Wie gesagt, das passt hier nicht zum heutigen Thema, das weiß ich selber.

Dann gibt es in der Strategie die dezentrale Maßnahme „Lebenslagenkonzept für Verwaltungsdienstleistungen“ auf Seite 41. Da sollen Verwaltungsdienstleistungen nicht mehr der zuständigen Behörde und nicht nur ein Formular in einem Thema abgelegt sein, sondern nach Lebensbereichen – ich formuliere es mal mit meinen eigenen Worten. Das finde ich total gut, wenn man zum Beispiel als junge Eltern dann alles findet, vom Wohnschein bis zum Elterngeldantrag. Meine Frage dazu: In dieser Tabelle dort sind vier Jahre angegeben. Welche Fortschritte sind schon zu sehen? Dauert die Zusammenstellung nach Themenbereichen von vorhandenen Sachen tatsächlich vier Jahre?

Mein zweiter Zeitaspekt – es ist mehr oder weniger Zufall, dass mir die Zeitschiene aufgefallen ist –: Bei der verständlichen Sprache von Verwaltungsformularen ist das Ziel 2022 bis Ende 2023 angegeben. Mir ist noch nicht aufgefallen – das kann wirklich an mir liegen –, dass Formulare jetzt einfacher sind. Haben wir dann Ende 2023 tatsächlich Formulare, die superleicht zu verstehen sind? – Ich bemühe mich trotz juristischer Ausbildung immer so zu sprechen, dass es allgemein verständlich für jeden klingt und bin jetzt bei der Grundsteuererklärung mehrmals gestolpert, Stichwort Formulare. Werden wir 2023 fertig?

Der letzte Punkt, um es kurz zu machen – Herr Dr. Kleindiek sprach vorhin von der Fehlerkorrektur und dass das eine gewisse Bedeutung hat. Auf Seite 67 werden diese Smart-Water-Maßnahmen beschrieben. Es gibt die Evaluierung, aber die Verwaltung macht dann in meinen Augen selbst die Fragen, wie evaluiert wird und schätzt ein, wann es gut ist. Es ist logisch, dass die Verwaltung sich selber als erfolgreich einschätzen sollte. Ich freue mich auf die Antwort. Die Frage ging ja auch ans CityLAB. Was kann das CityLAB dazu beitragen, dass diese Evaluierungen objektivierbar werden? – Vielen Dank erst mal!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Dann fahren wir mit Herrn Rogat von der FDP-Fraktion fort.

Roman-Francesco Rogat (FDP): Vielen Dank! – Vor allen Dingen auch vielen Dank an unsere Gäste für die Ausführungen und auch an den Staatssekretär, dass wir das Thema diskutieren können, auch mit der Kritik und der gebotenen Sachlichkeit. Ich glaube, Smart City, intelligente Stadt und das Zusammenbringen von Menschen, Technologie und Daten sind ein Thema, was nicht nur die Zukunftsfähigkeit ist, sondern es ist ja schon in vielen Teilen die gelebte Realität. Insofern freue ich mich erst mal, dass das aus den unterschiedlichsten Strategien, die es in der Vergangenheit immer gab, zu einer zusammengebunden wurde, damit man sich auf eine Strategie verständigt und an dieser dann die Stadt weiterentwickelt; denn Herr Kleindiek sprach vom Silodenken und von den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, die es gibt. Ich glaube, wenn es nicht zusammengebunden ist, dann kann es am Ende nichts werden. Insofern ist das schon mal ein guter Punkt.

Von den Anzuhörenden wurde schon angesprochen, dass es eine Strahlkraft über Berlins Landesgrenzen hinaus entwickelt hat. Ich glaube, das ist etwas, was gut ist und wo wir generell hier immer sehr gut sind. Wir haben wirklich immer sehr schlaue, gute, detaillierte Strategien und Pläne auch schon früh erstellt, im Vergleich zu anderen größeren Städten und Kommunen. Die Frage ist immer nur, wie aus Papier am Ende eine gelebte Realität wird. Es sind schon ein paar Punkte angesprochen worden.

Bei Herrn Lehmann will ich gleich mal an die beiden Projekte anschließen, wo auch das CityLAB involviert ist, das Lebenslagen-Konzept und die verständliche Sprache. Herr Dr. Seibel, können Sie uns dazu mal etwas aufzeigen? Das sind ja Prototypenentwicklungen, wenn ich das richtig verstanden habe, die erst mal für sich stehen, um dann wahrscheinlich zu zeigen, wie das in die Regel überführt werden könnte, gerade bei den zwei Punkten verständliche Sprache und Lebenslagenkonzept bei Verwaltungsleistungen. Was ist explizit der Prototyp? Können Sie das schon an etwas festmachen? Bei der verständlichen Sprache muss das ja aus einem Prototypen weiterentwickelt werden. Ich denke dabei beispielsweise speziell an Mehrsprachigkeit; das könnte interessant sein. Mich würde interessieren, wie es dort vorangeht.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte – das ist auch einmal kurz erwähnt worden –, ist die Rechtslage beziehungsweise die Gesetze und rechtlichen Grundlagen, die wir hier, glaube ich, mannigfaltig in ganz vielen Bereichen tangieren. Mich würde die Einschätzung des Staatssekretärs interessieren, wie viel – ich weiß gar nicht, wie ich es ausdrücken soll – juristische Grundarbeit nach Ihrer Einschätzung eigentlich noch geschehen muss, damit wir unsere Strategie auf die Straße bringen und uns nicht selbst verhaken. Ich weiß, ich nerve den Ausschuss damit, aber das Stichwort Transparenzgesetz ist ja nur ein kleiner Teil. Das muss dafür jetzt als Synonym herhalten. Es wird sich sicher einiges dahinter verstecken, gerade wenn wir die Fortentwicklung diskutieren, was die Verfügbarkeit von Leistungen, die Schrif-terfordernisse und so weiter angeht. Mich würde eine Einschätzung des Staatssekretärs dazu interessieren.

Der dritte Punkt, den ich mir notiert habe, ist, wenn man über den Unterschied zwischen Realität und Vision spricht. Deswegen war das Schulbeispiel, das Herr Piétron angesprochen hat,

so interessant, wenn wir einen ganzen Ausschuss damit verplempern, um zu diskutieren, wie man E-Mail-Adressen an die Lehrerinnen und Lehrer bringt. Der Schulteil spielt hier jetzt keine Rolle. Herr Lehman sprach davon: Die bohren da ihr eigenes Brett. – Ich halte es schon für kritisch, wenn wir alle Strategien zusammenbinden und das auseinandergeht, denn ich kann natürlich immer schön sagen, ich mache Pilotprojekte und versuche, Leuchttürme zu machen, wenn ich aber einen Regelbetrieb gar nicht richtig umsetze und zum Beispiel das Genehmigungsverfahren für eine Website fast drei- oder viermal so lange dauert, wie die Entwicklung selbst. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Mich würde interessieren, wie am Ende das Change-Management über die einzelnen Senatsverwaltungen hinaus aussieht. Denn wenn nicht alle mitziehen, dann können wir es, glaube ich, am Ende komplett sein lassen.

Mein vorletzter Punkt ist die Thematik der Automatisierung künstliche Intelligenz; das taucht jetzt auch nur am Rande auf. ChatGPT zieht gerade große Kreise und hat Fame und ist im Fokus, daran will ich mich aber gar nicht abarbeiten. Es zeigt aber, was für eine Dynamik in diesem Sektor ist. Mich würde interessieren, wie einerseits die Senatsverwaltung, aber auch Sie als unsere Gäste die ganze Entwicklung der Automatisierung, künstlicher Intelligenz in diesem Prozess sehen, welchen Stellenwert das für Sie hat oder auf welche Gefahren und Risiken man hinweisen sollte. In der Strategie findet es ja erst mal nicht statt.

Bei meinem allerletzten Punkt möchte ich auf das Thema Verkehr zumindest als eine Projektionsfläche zurückkommen. Wir haben nun mit landeseigenen Unternehmen wirklich eine große Anzahl an Akteurinnen und Akteuren in dieser Stadt, die erstens Daten generieren und zweitens Aufgaben wahrnehmen, die aber nach meinem Dafürhalten immer auch einzeln ablaufen. Ein Beispiel war ImmoScout24, wir haben aber auch fünf, sechs große landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und so weiter und so fort. Mich würde interessieren, wie die landeseigenen Unternehmen hier mit einbezogen sind und was sie eigentlich zuarbeiten, damit die Digitalisierungsstrategie, die Smart-City-Strategie, am Ende auch in der Umsetzung ankommt. Denn es bringt ja nichts, wenn wir über die ganzen Senatsverwaltungen und die Bezirke sprechen, aber da noch einen großen Block haben, mit dem wir am Ende auch gestalten wollen, sonst wären es ja nicht landeseigene. Dann können wir auch privatisieren. Das ist jetzt kein Plädoyer für irgendetwas, sondern die sind auch angehalten mitzuwirken. Insofern würde mich das auch mal interessieren. Das wäre es jetzt für die erste Fragerunde. – Vielen lieben Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Rogat! – Dann kommen wir zu Frau Bozkurt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Bozkurt, Sie haben das Wort!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch den Anzuhörenden für die Expertise! Ich fand den Gedanken von Herrn Rogat eigentlich ganz spannend und war ein bisschen in Gedanken versunken. Ich glaube, wir haben gar nicht – das ist zumindest mein Vorurteil – die Kompetenz beziehungsweise die Expertise oder die fachlichen Gewerke, um tatsächlich so etwas aufzubauen, auch die Data-Literacy, die dafür gebraucht werden würde, um Plattformen aufzubauen, Daten nutzbar zu machen und sie überhaupt langfristig sinnvoll einzusetzen.

Das war aber gar nicht mein Punkt. Ich wollte ursprünglich auf die Frage von Herrn Schulze eingehen, der die Frage gestellt hatte, wie agil die Verwaltung eigentlich sein muss. Ich würde gerne die Frage um den Punkt ergänzen, wie sehr die Rechtsgrundlage für die Mitarbeitenden

in der Verwaltung sich verändern muss, damit die Mitarbeitenden, die im Bereich der Digitalisierung, beispielsweise im Multiprojektmanagement, große Aufgaben haben, souveräner gemacht werden können. Denn oft haben wir die Herausforderung, dass die Menschen, die möglicherweise eigentlich gar nicht in der entsprechenden Position sind und nicht die entsprechende Macht haben, Entscheidungsbefugnisse haben und die Entscheidungen, die notwendig wären, nicht frei fällen können, um in diesem Projektmanagement voranzukommen. Das geht natürlich damit einher, wie die Data-Literacy in der Verwaltung, unter den Angestellten, den Mitarbeitenden ausgebaut werden muss. Wo stehen wir da? – Mich würde die Einschätzung dazu von der Senatsseite, aber auch von den Anzuhörenden, interessieren, ob Sie dazu eine Einschätzung und einen Einblick haben. Mein Vorurteil lässt sich durch die Frage vielleicht ein bisschen heraushören, dadurch, wie ich sie stelle.

Ich darf auch sagen, dass ich selbst auf der gegenüberliegenden Seite der Verwaltung saß und tatsächlich beobachten konnte, dass da sehr große Hürden und Herausforderungen sind, was die Kultur der Verwaltung angeht, um Digitalisierungsprozesse langfristig ausführen zu können. Denn in der Tat ist Digitalisierung nicht etwas, was mit einem Projekt erledigt ist. Dafür braucht es die notwendige Souveränität und Kompetenz als Teil der Kultur.

Ich fand die Diskussion, die mein Kollege Ziller und auch Herr Förster im Zusammenhang mit der digitalen Teilhabe angesprochen haben, sehr spannend. Herr Seibel, Sie sagten, dass die Digitalisierungsstrategie auch mit dem Blick auf marginalisierte und migrantisierte Gruppen – das unterstelle ich jetzt einfach mal – gedacht wurde. Meine Erfahrung ist, gerade im Zusammenhang mit der Pandemie, was Kinder und Jugendliche betrifft, dass der Digitalunterricht zum einen natürlich seine Hürden hatte, weil er nicht ordentlich funktionierte, auf der anderen Seite aber digitale Angebote, ob das Bildungsangebote oder andere Freizeitangebote waren, wesentlich mehr angenommen wurden, weil die Barriere nicht da war. Was für Seniorinnen und Senioren vielleicht eine Barriere ist, ist gerade für junge Menschen eine Erleichterung, wenn Angebote digital sind. Insofern finde ich die Diskussion sehr spannend und würde mich freuen, wenn Sie dazu noch mal etwas mehr Bezug nehmen können und erläutern, ob und wie es Beteiligungsformate gibt und ob man Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Bedarfen in diese Diskussion einbindet. – Danke!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Dann ist die Redeliste erschöpft. Wir kommen in der Reihenfolge wieder zum Senat zur Beantwortung der Fragen. Der Ausschuss hat ungefähr noch eine halbe Stunde, vielleicht kann man das berücksichtigen. Eventuell kommen noch Nachfragen. Wir können leicht überziehen. Berücksichtigen Sie das aber bitte bei der Beantwortung der Fragen! – Herr Dr. Kleindiek, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Diskussionsbeiträge, die hilfreich und auch ermunternd waren. Ich versuche, das mal so ein bisschen in der Reihenfolge zu machen.

Herr Piétron, vielen Dank für die, wie auch sonst, konstruktiv-kritischen Diskussionsbeiträge. Ich will vielleicht mal mit einem Missverständnis – gewollt oder ungewollt ist es hier entstanden – aufräumen. Sowohl Herr Piétron als auch das „Bündnis digitale Stadt Berlin“ waren intensiv in diesen Prozess eingebunden. Wir haben einen kontinuierlichen Austausch. – Wenn Sie selber nicht das Empfinden haben, können Sie das gerne richtigstellen. – Wir haben die

Angebote jedenfalls immer gemacht. Die sind nach meiner Wahrnehmung auch regelmäßig angenommen worden.

Wir haben das Konzept explizit nicht darauf ausgelegt, dass wir sagen, wir agieren nur mit denjenigen, die bestimmte Bereiche repräsentieren, sondern wir versuchen, das breiter aufzustellen. Deswegen haben wir das eine und das andere gemacht. Herr Seibel hat auch erklärt, wie wir die Stadtgesellschaft einbezogen haben.

Die Strategiefähigkeit, Herr Piétron, der Landesverwaltung ist eine ständige Herausforderung. Darüber sind wir uns völlig einig. Vieles von dem, was Sie angesprochen haben, teile ich. Ich teile das deswegen, weil es die Aufgaben sind, die jetzt vor uns liegen. Es sind nicht die Aufgaben, die in einem Jahr erledigt werden mussten, sondern es sind die Aufgaben, die jetzt vor uns liegen. Die Erweiterung in den Themen und auch, was die konkreten Projekte anbelangt, die Pilotprojekte, die ich geschildert habe, sollen zeigen, was möglich und auch notwendig ist. Die Konflikte und Risiken genauer bestimmen, das kann man, glaube ich, immer. Sie sagen, es ist sehr lastig, was die Wirtschaftsverwaltung und die Senatskanzlei anbelangt. Was die Senatskanzlei anbelangt, ist das schon beabsichtigt gewesen. Was die Wirtschaftsverwaltung anbelangt, würde ich sagen, hält sich das mit einer ganzen Reihe von anderen, nicht zuletzt der Innenverwaltung, durchaus die Waage.

Zum Hinweis darauf, dass das Ganze stark verwaltungslastig ist: Das ist schon richtig, glaube ich, und auch die Absicht, denn die Anschlussfähigkeit unserer Verwaltung ist für die digitale Transformation von Berlin der Dreh- und Angelpunkt. Das empfinde ich als meine Aufgabe. Dass wir da ansetzen und Veränderungen herbeiführen – es ist ja noch eine ganze Reihe von Fragen an andere gestellt worden –, das halte ich für strategisch sehr richtig.

Was Benjamin Seibel gesagt hat, kann ich unterstützen. Es ist jetzt wichtig, dass wir in der Umsetzung weiter voranschreiten, und darauf kommt es jetzt an. Das ist das, was als Grundlage in einem Jahr geschaffen wurde. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir schon versucht haben, konkrete Projekte in die Strategie einzubeziehen und sie auch als lernende Strategie zu begreifen, damit wir da schneller vorankommen und schneller ins Tun kommen. Das, glaube ich, ist auch richtig, und deswegen kommt es darauf an.

Die Datenschutzstrategie ist eine der Fachaufgaben, Frau Kamp, die sich dann unter diesem Dach ergeben müssen, und wir hätten es aufführen können oder sollen, wo wir die einzelnen Fachstrategien beispielhaft aufgeführt haben. Das ist sicherlich richtig.

Herr Schulze und auch noch andere haben das gefragt, was die organisatorische Neuaufstellung, die Stabsstellen für Digitalisierung in den Hauptverwaltungen und die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Bezirken anbelangt. Das ist alles etabliert. Das arbeitet. Da findet der Austausch kontinuierlich statt. Ich habe auch selbst mit denen schon konkret über Projekte gesprochen, und meine Stabsstelle in der Innenverwaltung koordiniert und organisiert diesen Austausch. Das ist jetzt überall etabliert, arbeitet und soll dann eben auch, worauf es ankommt – und das ist zurecht mehrfach angesprochen worden –, diesen Kulturwandel, der notwendig ist, und die Veränderungsprozesse in der Verwaltung unterstützen. Die Kolleginnen und Kollegen in den Stabsstellen, aber auch in anderen Bereichen sind nötig, wir brauchen möglichst viele Change-Agents, die uns bei dieser Veränderung unterstützen.

Ich habe nicht ohne Grund in der Präsentation noch mal ausdrücklich auf diese Thesen zur Digitalisierung hingewiesen und darauf, wie wir uns diese Transformation vorstellen. Das steht jetzt am Anfang, und es ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich freue mich auch darüber, wenn Herr Piétron und Herr Seibel dann noch mal ihren Blick auf die Dinge richten. Ich habe für mich festgestellt, dass das selbstverständlich nicht von selber funktioniert; das habe ich auch nicht erwartet. Wir brauchen also Formate und auch Unterstützungsleistungen, wo das möglich ist. Das hat sich an unterschiedlichen Stellen jetzt aufgebaut. Es gibt zum Beispiel in der Verwaltungsakademie jetzt eine eigene Organisationseinheit, die diesen Prozess ganz konkret unterstützt. Wir haben Unterstützungsangebote, die bisher in der Wirtschaftsverwaltung angesiedelt waren, die jetzt konkret gemacht werden können für die einzelnen Verwaltungen.

Ich habe für mich selber festgestellt, dass es schon wichtig ist, dass ich – jedenfalls wenn ich diese Rolle des CDO begreife und mir anschau, dass es nicht darauf beschränkt sein sollte – nicht lediglich das, was früher die IKT-Staatssekretärin in der Innenverwaltung als Zuständigkeit hatte, habe, nämlich für die sogenannte verfahrensunabhängige IKT verantwortlich zu sein, sondern dass ich schon auch den Blick darauf richten muss, was die großen, wichtigen Digitalisierungsvorhaben in den einzelnen Verwaltungen sind. Da habe ich konkrete Verabredungen getroffen, zum Beispiel im Bildungsbereich. Da geht es auch mit dem Lernraum Schule los, da geht es mit den großen Digitalisierungsprojekten dort los, aber auch im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen, wenn es um elektronische Baugenehmigungen geht.

Meine Vorstellung, das wird sich auch in den Haushaltsanmeldungen für 2024/2025 niederschlagen, ist, dass wir eine Struktur schaffen, in der wir die wichtigsten zwölf, fünfzehn Digitalisierungsvorhaben – und die sind dann auch in den einzelnen Beispielen von Ihnen genannt worden – zum Teil einer gesamtstädtischen Steuerung/Koordination machen und, dass das nicht parallel läuft zu dem, was wir an Infrastruktur hier als sogenannte verfahrensunabhängige

ge IKT aufräumen müssen. Das muss also stärker miteinander verzahnt werden. Das ist mein Resümee auch aus dem vergangenen Jahr, und dann geht es auch mit den Umsetzungen der Projekte weiter voran.

Ja, das ist eine ehrliche Bestandsaufnahme, das sehe ich genauso, Herr Abgeordneter Ziller. Wir sind an dem Punkt, an dem wir sein wollten und was wir uns vorgestellt haben, nach diesem Jahr intensiver Arbeit. Das ist jetzt der Beginn der Umsetzung. Vieles von dem, was gesagt wurde, was zurecht angemahnt wurde, was von Herrn Piétron zurecht angemahnt wurde, was von den Abgeordneten zurecht angemahnt wurde, ist jetzt Teil der Umsetzung. Da sollte man immer schneller sein; und da wäre man sicherlich auch schon weiter, wenn man ein paar Jahre vorher angefangen hätte, diese strategische Ausrichtung so zu ändern, wie wir das jetzt getan haben, aber das hindert mich nicht daran, das wirklich auch weiterzuverfolgen.

Herr Ziller hat noch das Thema Barrierefreiheit angeht. Wir selbst sind selbstverständlich barrierefrei, auch mit unseren Webangeboten. Das mobile CityLAB ist ein Beitrag dazu, diese digitale Kluft zu verringern. Wir werden immer diese Herausforderung haben. Wir müssen deshalb Orte schaffen, an denen digitale Möglichkeiten genutzt werden können, seien es die Bibliotheken, seien es andere Orte. Aber wir müssen auch immer im Blick behalten, dass wir sozusagen diejenigen, die offline sind, genauso berücksichtigen, wenn es jetzt um die weitere Digitalisierung geht.

Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel nennen. Wir haben jetzt die Situation, dass die gestern im Senat beschlossene Heizkostenhilfe für Berlin immerhin für 300 000 Haushalte gilt, die in Berlin noch eine Ölheizung haben. Da sind relativ viele bei, die älter sind, und da werden auch überdurchschnittlich viele bei sein, die nicht digital sind. Gleichwohl ist es jetzt so, dass dieses Antragsverfahren selbst ausschließlich digital ist. Wir haben deswegen dafür gesorgt, dass auch andere dieses Antragsverfahren durchführen können, also die Enkel für die Großeltern, und die Wirtschaftsverwaltung hat mit allen einschlägigen Verbänden im Immobilienbereich und auch sonst im Vermieterbereich gesprochen, dass die Angebote schaffen, dass diejenigen, die da Mitglied sind und auch diejenigen, die nicht Mitglied sind, dort vor Ort diesen Antrag stellen können. Es wird immer die Herausforderung auch auf absehbare Zeit sein, dass wir da diese digitale Kluft so gut es geht überwinden.

Das Thema hatte auch Herr Förster angesprochen: die finanzielle Ausstattung. – Dazu kann ich vielleicht sagen, dass wir vom Bund mit diesen Modellprojekten und dem Modellprogramm Smart City, das ein Teil der Strategie ist, mit insgesamt rund 11,5 Millionen Euro in den Jahren 2020 bis 2026 gefördert werden. Ansonsten kann ich ad hoc diese finanzielle Ausstattung mit den ganzen Rückbezügen zu den einzelnen Projekten hier gar nicht vornehmen. Dafür ist es eine Dachstrategie, das müsste man dann in den einzelnen Projekten sehen.

Herr Abgeordneter Vallendar – ich würde immer das eine machen, ohne das andere sein zu lassen, und Sie wissen, dass wir intensiv an der Umsetzung der Dienstleistung nach dem Onlinezugangsgesetz arbeiten. Sie wissen, dass wir intensiv an der Schuldigitalisierung arbeiten und auch an den Themen, die Sie angesprochen haben, nämlich Bürgerämter, Standesämter, Finanzämter. Das sind alles eigene Projekte, eigene Themen, die sich unter dieser Dachstrategie vereinen.

Herr Lehmann hat die bessere Zusammenarbeit angesprochen. Das ist auf jeden Fall wichtig, auch für die Einbindung der Wirtschaft. Auch da werden wir noch in diesem Jahr intensiver sein. Dafür werde ich auch eigene Vorschläge erarbeiten, wie wir mit der Wirtschaft noch besser zusammenarbeiten würden. Ich bin sehr fest davon überzeugt, dass wir externe Beratung ganz dringend brauchen.

Die Umsetzung dieses Lebenslagenkonzeptes dauert nicht vier Jahre. Wir haben diese Lebenslagen. Das ist nicht das Thema, sondern es kommt dann darauf an, dass sie auch digital realisiert werden. Zu der Frage der verständlichen Sprache und der Evaluierung von Smart Water kann vielleicht Herr Seibel noch was sagen.

Ja, Herr Rogat, wir haben uns bewusst dafür entschieden, dass diese lernende Strategie diese Umsetzung in Projekten gleich mit einbezieht. Das habe ich versucht darzustellen.

Die Einbeziehung von Daten und von landeseigenen Unternehmen insgesamt ist absolut richtig und wichtig. Ich habe versucht, an den Berliner Wasserbetrieben zu verdeutlichen, wie das funktioniert und funktionieren soll. Wir haben ja mit dem InfraLab, also den ganzen Infrastrukturunternehmen in Berlin, Verkehr, Energie, Stadtreinigung und so weiter, einen starken Partner, der auch an der Erarbeitung der Strategie beteiligt war und an der weiteren Umsetzung beteiligt sein wird. Das Einbeziehen dieser Akteure ist da gewährleistet.

Schriftformerfordernisse – da haben wir eine Diskussion, die sich vor allem an den Bund richtet. Wir können da als Landesgesetzgeber relativ wenig tun. Ich plädiere dafür, dass auf der Bundesebene tatsächlich so eine generelle Abschaffung des Schriftformerfordernisses passiert und dann anschließend diejenigen, die meinen, sie bräuchten dieses Schriftformerfordernis, das explizit regeln müssten, weil wir sonst, glaube ich, nicht vorankommen. Es ist aber ein sehr weitgehendes Thema.

Frau Bozkurt – ja, das ist ein eigener Schwerpunkt. Ich habe es ja versucht zu erläutern: Wir haben das im Grunde mit diesem Aufbrechen der herkömmlichen Hierarchie bei der Erarbeitung der Strategie schon einmal so versucht, und ich bin sehr zuversichtlich, dass – weil ich auch merke, dass alle meine Kolleginnen und Kollegen, auch diejenigen, die in politischer Verantwortung sind, es begreifen – solche Digitalisierungsprojekte und solche Transformationsprojekte anders durchgeführt werden müssen als in der Vergangenheit. Aber auch das geht nicht von selbst, und auch das müssen wir kontinuierlich unterstützen, und wir brauchen auch Ressourcen dafür, dass das in die Fläche geht. Das wird ganz wichtig sein.

Ich habe jetzt vieles von dem angesprochen, das wir sozusagen pilothaft starten. Da müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir auch die Ausstattung – und das wäre auch mein Wunsch für die nächsten Haushaltsberatungen, wenn ich hier auch Wünsche äußern darf, und ich werde dafür auch Vorschläge machen – in der Fläche deutlich besser anbieten und sie von den Verwaltungen auch genutzt werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Dr. Kleindiek! – Dann kommen wir zu Herrn Piétron.

Dominik Piétron (Bündnis digitale Stadt Berlin): Vielen Dank für die Fragen, auch für die sehr spannende Diskussion! Es ist sehr hilfreich, auch für uns. Ich beginne mit dem Thema

Partizipation. Wir sehen auf jeden Fall, dass viel Energie in die Partizipationsrahmung der Strategie gesteckt wurde. Das ist schön und auch absolut angemessen und auch sicherlich viel besser als bei vergleichbaren Prozessen. Einzelne Punkte sind natürlich schön, zum Beispiel, dass es sich um eine lernende Strategie handelt, dass sie offen für Ideen von außen ist, auch wenn das Verfahren für die Arena der Ideen noch nicht festgelegt ist.

Auch die Transparenz und Offenheit bei der Umsetzung der Digitalvorhaben ist ein ganz entscheidender Punkt für uns, wenn man versucht, das Ganze zu begleiten, zu verstehen, was in der Stadt vor sich geht. Da ist die angekündigte Vorhabenliste zu den Berliner Digitalprojekten ein ganz wichtiger Punkt, der allerdings auch schon in den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung von 2017 enthalten ist – und dort mit etwas konkreteren Angaben versehen.

Weil mehrfach angesprochen wurde, inwiefern wir als „Bündnis digitale Stadt Berlin“ beteiligt waren, inwiefern unsere Kritik aufgenommen wurde – das möchte ich nicht so zentral stellen, weil wir bei Weitem nicht die einzigen Akteure hier sind. Gleichwohl ist es so, dass wir Anfang 2021 an unserem Runden Tisch zur Smart-City-Strategie meines Wissens nach die erste öffentliche Veranstaltung im Rahmen dieses Prozesses organisiert haben, in der damals noch Herr Dr. Nägele das Verfahren erstmals öffentlich vorgestellt hat. Im weiteren Verlauf wurden wir abgesehen von Gesprächen mit Herrn Nägele direkt nicht weiter in die Strategie direkt eingebunden. Wir wurden nicht adressiert als Bündnis. Das ist okay, es gab die Möglichkeit, Workshops zu organisieren und sich als Einzelpersonen im Rahmen der Kommentierungsmöglichkeiten zu beteiligen. Da waren die Fristen für uns relativ kurz gesetzt, um unter ehrenamtlichen Bedingungen mit unregelmäßigen Rhythmen eine gemeinsame Position zu finden. Insofern war ich immer nur als Einzelperson und andere als Einzelperson beteiligt.

Generell konnte man seinen Beitrag leisten. Man konnte ganz viel kommentieren, ganz viele Ideen einbringen, aber was fehlte war die Responsivität. Das war die Frage von Herrn Ziller: Wurde die Kritik aufgenommen? – Ich weiß es nicht, muss ich ehrlich sagen. Es hätte hier mehr Diskussion gebraucht, ja, und generell tendiert Partizipation, glaube ich, häufig dazu, zu User-Research heruntergradiert zu werden und eben nicht als ein kokreativer Wissensaustausch und als ein demokratischer Aushandlungsprozess verstanden zu werden.

Deswegen würden wir vorschlagen, dass es jetzt gerade mit Blick auf die Umsetzung der Strategie eine Partizipation mit Hand und Fuß braucht auf zwei Ebenen, nämlich einerseits in der breiten Stadtgesellschaft, das Breite, Aufsuchende, in Krankenhäusern, Parks, Schulen. Hier ist das mobile CityLAB sicherlich ein toller Ansatz. Auch das Stadtgremium ist hierfür super.

Aber das hat natürlich Limitation. Damit erreicht man nicht die digitale Community, die digitale Zivilgesellschaft. Insofern braucht es eine zweite Ebene, eine Art Community-Building für nichtkommerzielle Kokreation in der Stadt, in der das offene Wissen von Wissenschaft und Zivilgesellschaft besser angezapft wird, besser mit der Verwaltung verbunden wird. Es gibt so viele Menschen, die einen Beitrag leisten wollen, aber nicht wissen, wie, und auch schnell frustriert sind. Das sind Menschen, die kein Geschäftsmodell darin sehen, sondern die tatsächlich das Gemeinwohl im Fokus haben und damit auch eine echte Alternative zu kommerziellen Angeboten, Stichwort Govtech, sein können. Das sind Akteure wie Freifunk, Wikimedia, Superr Lab, Netzwerk offener Werkstätten, die Open-Knowledge-Foundation, Open-Source-Community, die OK-Labs, ich selber arbeite am Einstein-Center Digital Future,

Weizenbaum-Institut und so weiter. Das sind natürlich viele Institute, die insbesondere auf Bundesebene aktiv sind. Ich denke, es hängt aber auch damit zusammen, weil so wenig Zugänge zu der Digitalisierung auf Landes- und kommunaler Ebene stattfindet. Sehr wohl wissen diese Akteure, dass auf den Ebenen die entscheidenden Fragen gestellt werden und dass auf Bundesebene auch ein sehr eingeschränkter Handlungsspielraum ist.

Zu Herrn Schulze – was ist notwendig, damit die einzelnen Akteure besser in der Stadt mit der Verwaltung zusammenarbeiten können? – Wie gesagt, wir schlagen ein aktiveres Community-Building vor mit verstetigten Beteiligungsformaten für den Einbezug von Forschungsinstituten, NGOs und der Verwaltung, mit der Verwaltung zusammen. Das kann, wie wir es schon länger fordern – das ist eines unserer Hauptanliegen – ein Runder Tisch sein, es kann ein Aktivenrat sein, irgendwie eine Art öffentliches Forum mit Raum für Diskussion über die zentralen Herausforderungen, aber eben auch ein Raum, in dem konkrete Arbeitsbeziehungen mit der Verwaltung aufgebaut werden können, um eigene Ideen und Vorschläge zu erarbeiten.

So, wie es bei gelingenden Open-Source-Projekten auch immer der Fall ist, braucht es eine Pflege, eine Organisation einer solchen Community. Es braucht ein festes Budget, so eine Art Open-Source-Fördertopf mit klaren Formaten, Hackathons, Workshops. Mit einem Format wie der Neuauflage des Strategiebeirats, der jetzt in der Strategie angekündigt ist, die von Herrn Dr. Kleindiek benannt wurde, und vermutlich wieder, wie auch schon der alte Strategiebeirat, hinter verschlossenen Türen tagt, wird es nur schwer gelingen, das Community-Building für Kokreation aufzubauen.

Auch die einzelnen Maßnahmen, die hier angekündigt sind, müssen geöffnet werden. Was gut gelingt, ist beispielsweise hier beim Smart Space Hardenberg. Ich finde, das ist ein gutes Beispiel dafür, wie man das machen kann. Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier sicherlich sehr engagiert bei der Sache, lädt regelmäßig zu offenen Treffen ein, informiert über den Projektstand, wengleich ich nicht verhehlen will, dass das Projekt am Hardenbergplatz insgesamt aus sozialpolitischer Sicht aus unserer Sicht kritikwürdig ist.

Gleiches ist beispielsweise auch mit uns und der Landesdirektion in Bezug auf das Stadtportal begonnen worden. Da gab es im September ein erstes Treffen, von dem wir aber seitdem auch leider kein Follow-up gehört haben.

Noch kurz zu Herrn Rogat – Automatisierung. Es ergeben sich sicherlich viele Potenziale – auch viele Potenziale für neue technologische Abhängigkeit. Es macht beispielsweise Sinn, im Bereich Mobilität KI einzusetzen. Wenn wir hier einen intermodalen, digitalen Mobilitätsassistenten haben, der wirklich die Bedürfnisse der User in den Vordergrund stellt, geht das nur, wenn das Vertrauen da ist, dass man weiß, dass mit seinen personenbezogenen Daten nichts angestellt wird. Und wenn die Daten nicht von der BVG selber, sondern unter der Kontrolle von Dritten stehen, dann fehlt mir persönlich dieses Vertrauen an der Stelle.

Abschließend noch zu Herrn Dr. Kleindiek – der Zuschnitt. Ich denke, man kann sicherlich unterscheiden zwischen E-Government und digitaler Daseinsvorsorge, und Letzteres läuft leider zu häufig unter „ferner liefern“. Es wird nicht ausreichend gewürdigt, was auch schon an tollen Sachen da ist. Dieser Lernraum Berlin, in Zusammenarbeit mit der Open-Source-Community entwickelt, war einfach kritische Infrastruktur und hat auch deswegen nicht gut funktioniert, weil es nicht ausreichend anerkannt wurde. Es ist wichtig, dass wir diesen Be-

reich der digitalen Daseinsvorsorge stärker ins Zentrum stellen, auch weil hier die zentralen Steuerungspotenziale für die aktuelle Krisensituation und die zukünftigen anfallen. Hier müssen wir uns fragen: Was heißt öffentliches Gemeinwohl im Digitalen, und wie können wir verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt immer in die Hände von datenhungrigen Plattformen wie Google-Maps, ImmoScout24 und Doctolib getrieben werden? – So weit, herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank! – Dann setzen wir fort mit Dr. Seibel. – Sie haben das Wort!

Dr. Benjamin Seibel (CityLAB Berlin, Leiter der Technologiestiftung Berlin): Danke auch von meiner Seite für die vielen interessanten Fragen und die spannende Diskussion! Um vielleicht den Punkt von Herrn Piétron noch mal aufzugreifen: Da gibt es dann vielleicht doch ein bisschen unterschiedliche Wahrnehmungen. Aus meiner Sicht war das „Bündnis digitale Stadt Berlin“ sehr präsent oder einer der lautesten Akteure in dem Prozess. Darüber hinaus war es aber richtig, dass es keine Sonderbehandlungen aus unserer Sicht für einzelne Akteure gab. Das „Bündnis digitale Stadt Berlin“ ist aus meiner Sicht auch nicht repräsentativ für die gesamte digitale Zivilgesellschaft in Berlin, auch wenn ihr euch manchmal so positioniert. Du hast viele der anderen Akteure genannt. Die haben genauso wenig eine Sonderbehandlung bekommen. Die sind zum Teil schon viel länger hier in Berlin engagiert in dem Feld. Von daher konnten wir das auch schlicht nicht leisten, einzelne Akteure besonders herauszugreifen. Es gab aber eben doch die Möglichkeit, und von der habt ihr auch viel Gebrauch gemacht: euch über die Expertenworkshops einzubringen, in den einzelnen Pilotprojekten einzubringen und so weiter. – Obwohl wir inhaltlich in der Regel gar nicht so weit auseinander sind, wollte ich das noch mal aus meiner Sicht ein bisschen geraderücken.

Die Fragen zu agiler Verwaltungskultur – das sind natürlich auch ein bisschen die Fragen, die mich nachts wachhalten. Dazu könnte ich jetzt sehr viel sagen. Das Thema hat verschiedene Aspekte. Ich glaube, was herausfordernd ist, ist, Agilität bedeutet in der praktischen Arbeit ja oft auch erst mal ein bisschen weniger Regeln und ein bisschen mehr gesunder Menschenverstand. Das ist in einem großen Verwaltungsapparat aber per se nicht so einfach umzusetzen. Die meisten Regeln haben auch irgendwie einen Zweck. Frau Bozkurt hat auch die Stichworte genannt: Souveränität, Eigenverantwortung stärken. – Ich erlebe Verwaltungsmitarbeiter, die davor zurückschrecken, Digitalprojekte zu initiieren, weil sie sagen: Das ist einfach zu kompliziert. Ich schaffe das nicht, oder ich weiß tatsächlich gar nicht, wie das geht. – Da wäre eine Aufgabe, Räume zu schaffen, in denen das geht.

Wir versuchen ja selber so ein Raum zu sein, in dem man mal probiert: Wie schnell können wir denn sein, wenn wir anders mit bestimmten Vorschriften umgehen? –, was überhaupt nicht heißt, dass man die Intention hinter diesen Vorschriften ignoriert. Darum geht es eben nicht. Es geht nicht darum, dass man leichtsinnig wird, dass man sagt: Datenschutz ist uns jetzt egal oder so –, sondern dass man trotzdem kritisch hinterfragt: Ja gut, aber muss eine Datenschutzprüfung – das ist jetzt ein willkürliches Beispiel –, muss eine Barrierefreiheitsprüfung denn ein halbes Jahr dauern? – Wir haben zum Beispiel im CityLAB sehr hohe Ansprüche an Barrierefreiheit, an unsere eigenen Prototypen, höhere als es in der IKT-Architektur festgelegt ist. Das ändert aber nichts daran, dass irgendjemand das prüfen muss, und, wenn die Person gerade keine Zeit hat, das ein halbes Jahr dauert. Da sollte man, finde ich, einfach sagen: Okay! Wenn ihr diese drei Grundsätze beachtet, ist das durch, und dann braucht ihr

diese Prüfung zum Beispiel nicht. – Das wäre vielleicht ein möglicher Weg, wie man da schneller werden könnte, denn das erzeugt ja real auch Kosten. Sie binden Ressourcen, diese langen Prüfverfahren. Es sind Opportunitätskosten. Wir haben eine Anwendung, die ist seit März fertig; die ist immer noch nicht online. Das ist einfach auch verlorene Zeit, und da wird sozusagen der Versuch, Risiken zu vermeiden, irgendwann selber zu einem Risiko, und ich glaube, das haben wir noch nicht alle verstanden, wie potenziell gravierend das auch ist. Dieses Sichzurückziehen auf bestimmte Regeln mit der Haltung: Wenn wir es so machen, machen wir es auf jeden Fall nicht falsch – wird zunehmend zu einem Problem, wenn wir einfach schnellere Erfahrungen brauchen oder wenn das Warten selbst die falsche Entscheidung ist.

Das ist sicherlich eine Herausforderung, auch für Verwaltungsjuristen, die im Detail tiefer drin sind als ich, wie man das dann auch in Gesetze oder Vorschriften übersetzt. Ich finde, es gibt ganz spannende Ansätze, jetzt auch in den Diskussionen zur Verwaltungsreform, Stichwort Genehmigungsfiktion und Ähnliches, auch in der analogen Welt. Ein Restaurant darf einen Tisch rausstellen, und dann muss das Bezirksamt ihm erst mal sagen, warum es das nicht darf, statt dass es irgendwie ein halbes Jahr darauf warten muss, ob es vielleicht die Erlaubnis kriegt. Wie lässt sich sowas auch übertragen in einen digitalen Raum, dass es eine Art Fast-Track-Verfahren gibt? Zum Beispiel auch die Frage, ob eine Anwendung sicherheitskritisch ist oder nicht, lässt sich in einigen Fällen relativ klar und schnell beantworten, wenn wir keine personenbezogenen Daten verarbeiten. Bei den meisten unserer Projekten arbeiten wir nur mit öffentlichen Daten. Da kann ich sehr sicher sagen, dass es jetzt zum Beispiel datenschutzmäßig kein Problem gibt, sodass man da sagt: Unter bestimmten Bedingungen können wir also Projekte auch schneller, meinerwegen auch in einer Testumgebung – – Das sehe ich in anderen Ländern. Die französische Regierung hat so ein Betaportal, und da ist oben ein Banner, und da steht: Diese Anwendungen sind im Testbetrieb. Hier sind vielleicht noch nicht alle Anforderungen erfüllt, aber ihr könnt sie hier schon ausprobieren. – Die Regierung sammelt damit wertvolles Feedback aus dem Livetesting mit Bürgerinnen und Bürgern, und die Prüfungen werden gegebenenfalls nachgereicht, und wenn da ein Fehler gefunden wird, wird er eben behoben, oder im schlimmsten Fall wird eine Anwendung wieder offline genommen. Aber auch das muss meistens dann gar nicht passieren.

Ich will – Sie sehen, ich kann darüber lange sprechen – es kurz machen. Aber ich denke, wir betreten oft Neuland. Es wird jetzt auch mit der Strategie wieder passieren, dass wir oft Neuland betreten, und dann ist es auch manchmal so, dass es einfach noch keine Vorschrift oder keine Regel gibt, wie man sich in einer Situation verhalten soll. Das wirkt nach meinem Eindruck oft sehr verunsichernd auf Verwaltungsbeschäftigte. Und dann zieht man sich zurück in eine Schleife von: Da muss ich noch mal Rücksprache halten, ich stimme mich ab und so weiter. – An dem Punkt schlafen Projekte oft ein, sodass man dann vielleicht eher ein bisschen dazu animieren könnte, sagen könnte: Wenn es einfach noch kein etabliertes Verfahren gibt, dann dürft ihr erst mal in einem bestimmten Rahmen agieren und eigene Entscheidungen treffen – und da ein bisschen die Angst rausnehmen, dass man sofort eines auf den Deckel kriegt. Das könnte schon was helfen. Dann hat es aber in der Praxis einfach auch viel damit zu tun, Leute auszubilden, Führungskräfte auch auszubilden. Das ist natürlich dabei ganz unerlässlich.

Die Fragen zum CityLAB und unseren Räumlichkeiten – wie sieht das aus? – Sie waren bei uns, Sie kennen die Räumlichkeiten. Wir wünschen uns tatsächlich neue. Der CDO unter-

stützt uns da auch in der Suche, von daher sind wir sehr zuversichtlich, dass da bald was kommen könnte. Perspektive: mehr Platz, vielleicht auch ein zentralerer Ort, ein sichtbarer Ort in der Stadt. – Da gibt es erste spannende Ideen.

Das wird sicherlich dann auch ein bisschen teurer sein, weil der Vorteil der Räume in Tempelhof ist, dass sie vergleichsweise günstig sind. Da müssen wir gucken. Wir wollen natürlich unser Angebot weiter ausbauen; das ist uns die letzten Jahre ja auch gelungen. Man kann sich trotzdem jede dieser Säulen bei uns angucken und überlegen, wie man diese einzelnen Säulen ausbaut, denn wir machen immer noch wahnsinnig viel. Wir machen diesen Bereich der digitalen Produktentwicklung, wir machen ganz viel Methodentraining, Servicedesign, Wissensvermittlung, wir machen aber auch ganz viel Partizipation und Anstellungsformate. Jeden dieser Bereiche könnte man problemlos in der Größe verdoppeln oder noch größer denken. Heute Nachmittag habe ich übrigens eine Podcastaufzeichnung mit Christina Lang vom DigitalService Bund. Da arbeiten 120 Leute in der Produktentwicklung, und die machen auch nur fünf bis sieben Projekte. Wir machen auch fünf bis sieben Projekte – unser Produktteam sind fünf Leute. Man kann das beliebig skalieren, und ich will dann auch immer nicht zu maßlos sein und sagen: je mehr, desto besser –, aber im Prinzip ist es so. Natürlich muss man sich dann aber immer wieder die einzelnen Bereiche angucken und zum Beispiel auch offen diskutieren: Muss das alles unter einem Dach sein, auch in zehn Jahren noch, oder kann man da verschiedene Stränge machen? – Vielleicht entstehen daraus auch mal in Zukunft irgendwann mehrere Projekte oder Organisationen. Das will ich gar nicht ausschließen.

Wie kommen wir raus aus dem Projektstatus und rein in eine Regelfinanzierung? Das ist für uns auch ein Dauerthema: Verstetigung der Projekte. – Einerseits natürlich einmal mehr durch den Aufbau von Kapazitäten oder Shared Services, auch in der Verwaltung. Diese Betriebskosten sind ja oft eher Kosten, dass da jemand regelmäßig mal draufguckt, mal ein Update einspielt, wenn es ein kleines Problem gibt, es behoben wird oder so. Das ist auch nicht immer ein Vollzeitjob. Wir haben Anwendungen, die dann im Jahr vielleicht 20, 30 Stunden Arbeit machen. Dann ist eher die Frage: Wer leistet diese 20, 30 Stunden? –, denn wenn man viele Anwendungen hat, läppert es sich eben doch. Da könnte auch ein kleines Shared Serviceteam beim ITDZ oder wo anders, was irgendwie den Cloudbetrieb sicherstellt, schon was helfen.

Wir wollen in Berlin mit vielen Anwendungen sowieso auf Open Source setzen. Dann kann man sich auch angucken: Im Bund gibt es jetzt seit Kurzem den Sovereign-Tech-Fund, der Open-Source-Projekte, die sonst oft von Freiwilligen gewartet werden, auch international finanziert. Ich weiß, dass es da jetzt auch schon Diskussionen gibt, ob das Sinn macht, dass die deutsche Regierung Projekte aus den USA oder wo auch immer finanziert. Gleichzeitig wird völlig zurecht gesagt: Die meisten Open-Source-Projekte sind grenzübergreifend. – Aber vielleicht kann man ja auch sowas überlegen wie eine Art Fellowship- oder Stipendienprogramm für Menschen, die Open-Source-Infrastruktur der Berliner Verwaltung pflegen wollen, was gleichzeitig ein interessantes Eingangstor wäre, um Menschen für die Verwaltungs-IT zu begeistern, die programmieren können. Wenn man sich da einmal reingefuchst hat und merkt, das ist gar nicht so schwer – wer weiß! Vielleicht möchten die Leute dann auch mal einen Job in der Verwaltung annehmen. Es ist aber auf jeden Fall ein wichtiges Thema.

Zum Thema mobilen CityLAB und Angebote für Senioren und Kinder und Jugendliche – ja, genau so was haben wir vor. Wir arbeiten gerade zielgruppengerechte Angebote aus. Wir arbeiten da in der Regel mit Multiplikatoren aus den jeweiligen Feldern, weil die einfach ihre Zielgruppen besser kennen, weil wir gar nicht alle Zielgruppen gut kennen können. Das ist dann eben mal eine Flüchtlingsinitiative oder eben auch Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen. Es gibt zum Thema Senioren auch schon ein spannendes Projekt, das wir früh im Ci-

tyLAB gefördert haben: das Seniorennetz Berlin. – Da ist eine Verstetigung geglückt. Das ist jetzt bei der AWO angesiedelt, kam aus einer kleinen Initiative, „place/making berlin“, mit der wir zusammengearbeitet haben. Das sind so Themen, die die Digitalisierung auch in die Kieze bringen wollen. Wir wollen mit diesen Organisationen zusammenarbeiten, aber zum Beispiel auch Volkshochschulen könnten hier ein ganz spannender Kooperationspartner sein.

Ich sehe, dass wir jetzt schon an die Grenze der Zeit kommen. Ganz kurz, Austausch mit anderen Städten – ja, den gab es reichlich, auch mit New York, mit Barcelona, mit Wien, Amsterdam – den großen Smart-City-Vorreiterstädten. Es wird auch weitergehen. Wir haben jetzt mit Zürich und Wien ein Austauschformat. Es ist aus meiner Sicht relativ neu gewesen für die Strategieentwicklung, dass sie auch international und global gedacht wird, war für uns aber enorm gewinnbringend.

Kurz zu den Fragen von Herrn Lehmann zu den Dienstleistungen: Ja, die vier Jahre für die Lebenslagen sind sehr lang. Ich würde auch sagen, man kann die Lebenslagen bündeln; das geht relativ schnell. Ich glaube, das hängt damit zusammen, wie diese Strategie gedacht ist. Wenn da steht: Laufzeit vier Jahre –, dann heißt das nicht, vier Jahre wird irgendwas heimlich gemacht, und dann präsentieren wir ein Ergebnis, sondern das heißt, das Ergebnis kann es auch schon in wenigen Monaten geben als eine erste Designstudie. So und so könnte das aussehen, und dann geht der Prozess aber eben weiter. Dann gibt es Tests, dann gibt es Feedback, und das hängt mit der Neuentwicklung von berlin.de zusammen. Da soll das ja mal integriert werden. Man kann das jetzt schon sehr schön konzeptionell vordenken – wie könnte das aussehen? –, und dann wird der Go-live aber eben mit der neuen berlin.de-Website hoffentlich erfolgen können, und dann wird eben noch eine Testphase nachgelagert. Das heißt, da wird es hoffentlich schon sehr viel früher was zu sehen geben.

Bei den Formularen ist es ähnlich. Nein, in einem Jahr werden wir da nicht alle Formulare vereinfachen können. Das ist auch nicht so gedacht, sondern es geht darum, Grundsätze, Prinzipien aufzustellen, sich anzugucken: Woran liegt das eigentlich, dass Formulare so kompliziert sind? Wie groß ist der Spielraum, den man da hat? – und dann Grundsätze zu erarbeiten – es werden ja auch ständig neue Onlineformulare geschaffen –, dass eben zukünftig die Nutzerfreundlichkeit oder das Testen mitgedacht werden.

Wie viel Zeit habe ich denn noch? Soll ich aufhören?

Vorsitzender Christian Wolf: Wir sind schon über die normale Ausschusszeit, aber es ist alles noch im Rahmen.

Dr. Benjamin Seibel (CityLAB Berlin, Leiter der Technologiestiftung Berlin): Okay! – Wirkungsmessung – es ist auch Teil eines agilen Prinzips, das die Teams, die ein Projekt umsetzen, selbst zu Beginn definieren: Was trauen wir uns zu? – Das ist durchaus auch so gewollt. Das bedeutet aber nicht, dass die dann hinterher die Einzigen sind, die sagen: Haben wir gut gemacht –, sondern die Zielsetzung erfolgt sozusagen aus den Maßnahmenteams, aber eben auch so transparent, dass hinterher alle sagen können: Na ja, ich finde, das Ziel habt ihr jetzt erreicht oder nicht –, und dazu gibt es dann auch diese sogenannten Erfolgsfaktoren, die in der Strategie auch genannt werden.

Allerletzter Punkt – künstliche Intelligenz, weil ich das ein schönes Beispiel dafür fand. Da ist jetzt so viel passiert im letzten halben Jahr, dass, hätten wir vor einem Jahr eine KI-Maßnahme definiert, die jetzt schon wieder überholt wäre. Das finde ich ganz spannend, weil es ganz gut darauf verweist, was auch der Sinn davon sein kann, dass man erst mal nur als Ziel reinschreibt: Wir wollen Daten intelligenter nutzen –, aber die Maßnahmen noch gar nicht so definiert. Wir im CityLAB sind da sehr dran. Ich halte das für hochinteressant.

Es gibt auch problematische Aspekte – sowieso –, aber KI bietet uns hier die Möglichkeit, bestimmte Entwicklungsschritte vielleicht auch zu überspringen, wenn es um die Synthetisierung von Datenbeständen geht: das Übersetzen in strukturierte Daten, also Sachen, die wir seit Jahren versuchen, händisch zu machen, die eine KI vielleicht in wenigen Sekunden tatsächlich hibekommt. Da sind wir dran, gerade zu gucken. Wir haben ein Projekt, bei dem es darum geht, 80 000 Dokumente zu digitalisieren. Solche Sachen werden noch händisch gemacht, und das kann eine KI extrahieren. Das ist natürlich hochinteressant für die Verwaltungsarbeit. – Okay! Dabei belasse ich es jetzt mal.

Vorsitzender Christian Wolf: Gut! – Dann hat Frau Kamp noch die Möglichkeit, was zu sagen, bevor wir dann zum Abschluss kommen.

Meike Kamp (BlnBDI): Vielen Dank! – Ich mache es sehr kurz. Das, was Sie gerade gesagt haben zum Thema Datenschutzprüfung oder Risiken, die einzuschätzen sind, ist natürlich auch immer eine Frage der Prioritätensetzung. Wenn ich mir jetzt eben diese Strategie angucke, auch unter Berücksichtigung dessen, was Herr Dr. Kleindiek gesagt hat, dass Datenschutzstrategie schon irgendwie dabei sein soll, aber nicht benannt ist, dann spricht das jetzt jedenfalls für mich eine relativ eindeutige Sprache in Hinblick auf die Prioritätensetzung zum Thema Datenschutz hier. Es geht ja auch nicht nur darum, dass etwas irgendwie genannt wird, sondern dass es natürlich auch Nachhall in den Maßnahmen und in den Projekten tatsächlich findet und prozessseitig eingebunden ist. Das ist das, worum es mir geht.

Darüber hinaus möchte ich vielleicht ganz kurz noch abschließend erwähnen, dass der Datenschutz ja auch nicht immer nur nerviger Begleiter solcher Prozesse sein muss, sondern man kann ihn möglicherweise auch als Quelle eigener Projekte und Maßnahmen in solchen Strategien vorsehen, dass man eben ganz einfach auch in einer smarten City Freiräume erhält und Anonymität auch in einer smarten City möglich bleibt und das zum Beispiel auch ein Projekt sein kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Frau Kamp! – Dann gehe ich davon aus, dass wir die Punkte 2 a und b vertagen, damit das Wortprotokoll erstellt werden kann und von uns ausgewertet wird. Besteht darüber Einverständnis? – Das kann ich so erkennen. – Dann danke ich den Anzuhörenden für die Teilnahme an der heutigen Sitzung. Sie können dann gerne gehen, aber auch gerne noch sitzen bleiben.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.